

# 100 Jahre Landes- streik!

SGB (Hg)  
100 Jahre Landesstreik  
Ursachen, Konfliktfelder, Folgen  
Reader zur Tagung vom 15.11.2017

# Centenaire de la

USS (éd.)  
Centenaire de la grève générale  
Origines, conflits, conséquences  
Interventions du colloque du 15 novembre 2017

# grève générale!

Vor 100 Jahren erschütterte – und veränderte – der Generalstreik die Schweiz. 250 000 Menschen traten in den Ausstand – für eine soziale Schweiz. Der SGB organisierte zum Auftakt des Gedenkjahres am 15.11.2017 eine historische Tagung. Hier sind die Referate über Ursachen, Konfliktfelder und Folgen des Landesstreiks publiziert.

Il y a 100 ans, la grève générale secoua et changea la Suisse: 250 000 personnes ont fait grève pour une Suisse plus sociale. Le 15 novembre 2017, l'USS a donné le coup d'envoi de l'année de commémoration par un colloque historique. Ce recueil rassemble les exposés du colloque sur les causes, les zones de conflit et les conséquences de la grève générale.

Inhalt	
3	Ein Zentralereignis unserer Geschichte Begrüssung von <b>Paul Rechsteiner</b>
9	La grève générale de 1918: six jours en novembre Der Landesstreik 1918: Sechs Tage im November <b>Stefan Keller</b>
21	Die «siegenden Geschlagenen». Kontext und Verlauf der Landesstreikbewegung <b>Adrian Zimmermann</b>
27	Die Basler Lebensmittelversorgung im Krieg und ihre Bedeutung für den Landesstreik <b>Maria Meier</b>
33	Les banquiers contre la grève générale <b>Marc Perrenoud</b>
43	Kampf für die Frauenrechte – Allianzen und Bruchlinien <b>Elisabeth Joris</b>
49	Der Landesstreik im Bild: 36 Dokumente La grève générale en images: 36 documents
65	«Indésirables» et «Ueberfremdung»: 1917–1918 et le tournant de la politique d'immigration <b>Silvia Arlettaz</b>
75	Les organisations patronales et la grève générale de 1918 <b>Pierre Eichenberger</b>
81	«1918er Rechte»: Bürgerwehren, Streik-Bekämpfung, Informationsdienste, Bürgerblock-Politik <b>Andreas Thüerer</b>
91	Der Aufstieg der Gewerkschaften als Folge des Landesstreiks <b>Bernard Degen</b>
97	Podiumsdiskussion War der Landesstreik ein Bumerang oder ein Erfolg? <b>Ewald Ackermann</b>
103	Chronologische Übersicht zu Ursachen, Kontext, Verlauf und Folgen des Landesstreiks <b>Adrian Zimmermann</b>

# Begrüßung

Ein  
Zentralereignis  
unserer Geschichte

4 Ich möchte mit drei persönlichen Erlebnissen beginnen.

Es ist rund 35 Jahre her, als mich in Sargans ein paar ältere Gewerkschafter ins Vertrauen zogen. Pensionierte Eisenbahner. Fast konspirativ zeigten sie mir den verbliebenen Rest ihrer Arbeiterbibliothek. Er hatte in einer Kiste Platz. Das wichtigste Stück dieser Schatzkiste waren die beiden Bände über den Militärgerichtsprozess gegen das Oltener Generalstreik-Komitee mit dem Titel «Landesstreik vor Kriegsgericht». Ich sah diese schönen und auffälligen Bücher damals zum ersten Mal. Ohne grosse Worte machten mir die Sarganser Gewerkschafter mit dieser Geste des Vertrauens klar, wie sehr sie sich mit den streikenden Eisenbahnern von 1918 verbunden fühlten.

Meine zweite Erinnerung geht zurück zum 11. November 1998. In Grenchen gab es damals zum ersten Mal überhaupt einen grösseren Gedenk Anlass zum Generalstreik. Grenchen ist die Stadt, in der im November 1918 drei Arbeiter erschossen wurden. Lange Jahre war die Erinnerung an dieses schreckliche Ereignis verdrängt worden. Der Saal des Löwen vibrierte. Ein Hinweis darauf, wie tief das Trauma von 1918 im kollektiven Gedächtnis der Stadt weiterlebte. Was war damals geschehen? Der Landesstreik war schon abgebrochen, als die Armee in Grenchen eine Menschenmenge mit scharfer Munition zerstreute und drei Arbeiter erschoss. Den 29jährigen Hermann Lanz, den 17jährigen Marius Noirjean und den 21jährigen Fritz Scholl. Mit Schüssen von hinten, auf eine Distanz von wenigen Metern, ein von hinten zertrümmerter Kopf, ein Opfer mit den Händen in den Hosentaschen. Eine Gedenktafel für diese Morde hat Grenchen erst vor neun Jahren angebracht. Verbunden mit einer eindrücklichen Ausstellung im städtischen Museum.

Ganz anders gelagert ist meine dritte Erinnerung. Es war die Abdankungsfeier eines überaus bürgerlichen ehemaligen CVP-Regierungs- und Ständerats vor drei Jahren. Den kurzen Lebenslauf hatte der Verstorbene selbst verfasst. Eine seiner prägendsten Jugenderinnerungen seien die Erzählungen seines Vaters über den Generalstreik gewesen. Er war als Ostschweizer gegen die Streikenden in Zürich aufgeboten worden.

Egal wo die Menschen 1918 politisch standen: der Generalstreik grub sich tief in ihre Emotionen ein. Mit Nachwirkungen bis heute. Der Generalstreik ist prägend für die

5 Geschichte unseres Landes. Das ist auch der Grund, weshalb wir hier sind und das Jubiläumsjahr heute mit dieser Tagung eröffnen.

In der Linken waren der Generalstreik und seine Bewertung von Anfang an kontrovers. Die einen verdrängten ihn. Andere beurteilten ihn wegen des bedingungslosen Streikabbruchs als Niederlage. Oder gar als Verrat an den Streikenden. Wahrscheinlich ist es kein Zufall, dass der Historiker Willi Gautschi, der kein Linker war, 1968 der erste war, der den Landesgeneralstreik in seinen grossen Zusammenhängen und seiner Bedeutung beschrieb. Bis heute ist sein Werk wegweisend und höchst lesenswert. Für ihn war der Generalstreik das wichtigste innenpolitische Ereignis des 20. Jahrhunderts.

Der Generalstreik ist für die Linke wohl deshalb so schwer fassbar, weil Sieg und Niederlage darin so untrennbar miteinander verquickt sind. Das Ende des Streiks am 14. November war unmittelbar eine Niederlage. Nach dem Armeeinsatz gegen die Streikenden drohten bürgerkriegsähnliche Vorgänge. Das Oltener Komitee hatte die Weisheit, den Streik abbrechen, um ein Blutvergiessen zu vermeiden. Auch wenn es, wie es damals hiess, zum Heulen war. Die Kraftprobe war verloren.

Aber bereits mit den militärischen Gerichtsverfahren gegen die Streikleitung – das Oltener Komitee – wendete sich das Blatt. Der Prozess wurde zur grossartigen Bühne für die Führung der Arbeiterbewegung und ihre Verteidiger. Die Streikführer gingen als moralische Sieger aus dem Verfahren hervor. Das Oltener Komitee hatte sein Ansehen wiedergewonnen, das es durch den Abbruch des Streiks verloren hatte. Die geballte Wucht der Reden beeindruckt noch heute. Nachzulesen übrigens in den beiden Bänden, die mir die pensionierten Sarganser Eisenbahner vor 35 Jahren zeigten.

Noch beeindruckender aber als der Prozess waren die politischen Folgen des Generalstreiks. Der Achtsturentag war seit 1890, seit der 1. Mai als Kampf- und Feiertag ins Leben gerufen worden war, die politische Kardinalforderung der Arbeiterbewegung. Nach dem Generalstreik wurde die Wochenarbeitszeit auf einen Schlag von damals 54 bis 59 Stunden auf 48 Stunden herabgesetzt. Der Achtsturentag, bei damals noch sechs Arbeitstagen, war realisiert. So etwas gab es vorher und nachher nie mehr. Es folgten zahlreiche sozialpolitische

6 Reformen. Im Nachhinein sprach man vom «sozialpolitischen Galopp» der 1920er-Jahre. Der Generalstreik schrieb mit seinen Forderungen das Programm für den Fortschritt der Schweiz des 20. Jahrhunderts. Auch wenn es noch lange Jahrzehnte dauerte, bis seine zentralen Programmpunkte realisiert wurden: die Einrichtung der AHV und noch viel später das Frauenstimmrecht.

Mit dem Generalstreik hatte sich die Arbeiterbewegung ihre Anerkennung erkämpft. Gesamtarbeitsverträge waren ein wichtiges Ergebnis davon. Und mit Verzögerung auch der Einzug der Sozialdemokraten in den Bundesrat.

Jungen Menschen von heute ist der Antimilitarismus der Linken manchmal nur schwer zu erklären. Der tiefverwurzelte Antimilitarismus der Arbeiterbewegung geht letztlich auf die Erfahrungen jener Jahre zurück. Während des Generalstreiks war es Emil Sonderegger, der scharfmacherische Platzkommandant von Zürich, der mit dem Einsatz von Handgranaten drohte. Sonderegger, der später Frontist wurde. Erst angesichts der Bedrohung durch Faschismus und Nationalsozialismus fand die Armee auch die Unterstützung der Linken.

Durch den Generalstreik wurde auch das Verhältnis von Arbeitern und Arbeiterinnen auf der einen Seite und Bauern auf der anderen schwer in Mitleidenschaft gezogen. Die Bauern bezogen Front gegen die streikende Arbeiterschaft. Das hatte Folgen durch das ganze 20. Jahrhundert hindurch und ist bis heute spürbar.

Der Generalstreik war ein politischer Streik. Und er stand auf dem Boden der Demokratie. Zentrale Streikforderungen verlangten nichts anderes als die Herstellung und die Stärkung demokratischer Verhältnisse. Sie forderten den Proporz und das Frauenstimmrecht. Hätten die Streikenden das Frauenstimmrecht damals durchsetzen können, wäre die Schweiz in dieser Frage nicht zum europäischen Schlusslicht geworden.

Der Generalstreik reiht sich ein in die zentralen Wendepunkte der neueren Schweizer Geschichte. Die moderne Schweiz beginnt mit dem Jahr 1798. Mit der Beseitigung der jahrhundertealten Untertanenverhältnisse. Die Helvetik eröffnete für die Schweiz eine vollkommen neue Zeitrechnung. Die Werte von Freiheit und Gleichheit setzten sich definitiv durch

7 mit dem Bundesstaat von 1848, der einzigen erfolgreichen Revolution in Europa in diesen Aufbruchsjahren. 1918 steht der Generalstreik für den sozialen Aufbruch der Schweiz. Er schreibt das Programm für den Fortschritt im 20. Jahrhundert.

Es ist vielleicht riskant, Ereignisse, die man selbst mit-erlebt hat, als wichtige Wendepunkte der Geschichte zu bezeichnen. Zu nahe ist man drauf. Ich versuche es dennoch. Der Aufbruch von 1968 und der Frauenstreik von 1991 waren ebenfalls wichtige Wendepunkte. Sie schreiben die Geschichte der modernen Schweiz fort, die 1798 begann und 1848 und 1918 ihre Fortsetzung fand.

Ich möchte schliessen mit der Erwartung, dass diese Tagung zum Beginn einer neuen Beschäftigung mit dem Generalstreik wird. Einer Beschäftigung mit dem Ansatz, aus unterschiedlichen Perspektiven auf dieses Zentralereignis unserer Geschichte zu blicken. Die Zeit, als die Arbeiterinnen und Arbeiter zum politischen Subjekt wurden, soll 2018 wieder lebendig werden, vielstimmig, multiperspektivisch.

Die Arbeiterbewegung war eine Bewegung von unten, eine Bewegung armer Frauen und Männer, die ihr Schicksal selber in die Hand nahmen. Es ist nicht die Geschichte grosser Männer, sondern eine Geschichte der vielen an den unterschiedlichsten Orten. Eine Geschichte der Menschen in ihrer Vielfalt und ihrer Widersprüchlichkeit.

In diesem Sinne wünsche ich uns eine spannende Tagung und ein ebenso spannendes Jahr, das ein für die Schweiz so zentrales Ereignis im kollektiven Bewusstsein wieder lebendig werden lässt.

# La grève générale de 1918: six jours en novembre

# Der Landesstreik 1918: Sechs Tage im November

10 Le 9 novembre 1918, la Première Guerre mondiale prend fin, les empereurs allemand et autrichien abandonnent leur trône et, en Suisse, c'est la grève dans 19 localités. C'est une grève de protestation, provoquée par le Conseil fédéral qui lève des troupes pour «le maintien de la paix et de l'ordre» contre des travailleurs et travailleuses mécontents, en partie affamés. Elle est organisée et dirigée par le Comité d'Olten, composé de l'Union syndicale suisse et du parti socialiste.

La grève de protestation limitée à 24 heures se passe sans heurts. A Bienne par exemple, les travailleurs et travailleuses flânent dans les rues libérées du trafic et s'amusent en musique et en chansons. A Arbon, 2000 personnes sont rassemblées dans un champ et s'indignent contre l'ordre de marche donné à des soldats thurgoviens contre leurs «camarades de classe». A Berne, Bâle, Winterthour, les manifestations sont décrites comme étant extrêmement disciplinées. A Zurich, le commandant de place militaire fait arrêter quelques piquets de grève. Il interdit en outre la célébration de la première année de la Révolution russe prévue pour le jour suivant.

Le 9 novembre est un samedi, le travail doit reprendre le lundi. Les syndicalistes zurichois veulent toutefois poursuivre la grève tant que l'armée ne retire pas ses troupes. Quand, le dimanche 10 novembre, 7000 personnes affluent sur le Münsterhof pour fêter la Révolution d'octobre malgré l'interdiction, les troupes ouvrent le feu. Elles tirent en l'air au-dessus de la foule, des balles ricochent dans la foule semant la panique, un quidam parmi les manifestants sort son revolver: un jeune soldat, un paysan lucernois de Pfaffnau, est la première victime du conflit qui dégénère alors en grève générale illimitée.

Mardi 12 novembre

La grève générale commence officiellement le mardi 12 novembre à 00h00. Le silence règne ce mardi matin-là dans les fabriques suisses alémaniques, sur les chantiers, dans les transports publics, dans beaucoup de bureaux de poste, dans les imprimeries. A Lucerne par exemple, un cheminot a tout simplement éteint toutes les lumières de la gare et s'est ensuite rendu à une assemblée à la maison du peuple. Il sera condamné à deux

11 semaines de prison pour ce délit. Si quelqu'un peut stopper les trains, il peut aussi paralyser toute l'économie puisqu'il n'y a encore que très peu de trafic automobile. Un représentant du Comité d'Olten se rend à Lausanne pour convaincre les cheminots vaudois de rejoindre le mouvement de grève. Les travailleurs et travailleuses romands fêtent justement l'armistice et la victoire des Français, ils considèrent donc avec méfiance ce fonctionnaire suisse alémanique. Après quelques discussions, les cheminots romands décident aussi de se mettre en grève. Les ouvriers et ouvrières de nombreuses entreprises privées les rejoignent. A Moutier, les syndicalistes coupent brièvement l'alimentation électrique de l'industrie et la ville entière se met en grève. Au Tessin, l'appel du Comité d'Olten arrive avec du retard, il a été intercepté au passage. Comme les trains ne circulent plus, il doit être amené à bicyclette, la participation à la grève est ensuite anecdotique.

Les revendications de la grève générale sont:

1. Le renouvellement immédiat du Conseil national selon le système de la représentation proportionnelle
2. Le droit de vote et d'éligibilité pour les femmes
3. L'introduction du droit au travail pour tous
4. L'introduction de la semaine de 48 heures, dans toutes les entreprises publiques ou privées
5. La réorganisation de l'armée dans le sens d'une armée populaire
6. Des mesures visant à assurer le ravitaillement, d'entente avec les producteurs agricoles
7. Une assurance vieillesse et invalidité
8. Le monopole de l'Etat pour les importations et les exportations
9. Le paiement des dettes publiques par les possédants

La grève est une affaire démocratique: quand on vend sa force de travail, on doit aussi avoir voix au chapitre sur les conditions régissant cette transaction ou on peut refuser de la vendre. Les revendications de la grève générale ne concernent

12 pas seulement les conditions de travail: par la grève, on essaie d'atteindre des objectifs politiques et des changements dans la société.

Mercredi 13 novembre

On estime qu'environ 250 000 travailleurs et travailleuses ont suivi la grève. A Zurich, le commandant de place a armé ses troupes de grenades à main. A Berne, l'Assemblée fédérale siège depuis mardi matin. On y tient des discours violents. Certains craignent une guerre civile, d'autres le bolchévisme. La gauche espère qu'une nouvelle ère commence. A la frontière, comme à Constance, des conseils composés d'ouvriers et de soldats gouvernent déjà. Mercredi, le Grand Conseil zurichois transmet un postulat au Gouvernement selon lequel les travailleurs doivent à l'avenir participer aux bénéfices aussi bien qu'à la direction des entreprises. Le Gouvernement zurichois s'est réfugié à la caserne. A Soleure, 1500 personnes manifestent devant la prison préventive parce que de jeunes grévistes y ont été enfermés. On en vient aux mains, les soldats tirent, un secrétaire syndical est blessé.

Pendant que le Parlement fédéral débat de la grève générale, le Conseil fédéral pose un ultimatum écrit au Comité d'Oltten: il doit annoncer la fin de la grève d'ici 17 heures. Le Comité se retrouve à la Kapellenstrasse à Berne, le local syndical est encerclé par les troupes, les lignes téléphoniques sont temporairement coupées. Après un long débat, à deux heures du matin, le Comité promet la fin de la grève pour jeudi soir. Le travail reprendra le vendredi.

Jeudi 14 novembre

La grève générale a échoué. Les grévistes sont les derniers à l'apprendre. Beaucoup ne veulent pas croire à la nouvelle. A Saint-Imier, un syndicaliste déclare dans un discours que les rumeurs sur l'arrêt de la grève montrent une fois de plus à quel point la presse bourgeoise ment éhontément. Les métallurgistes de Gerlafingen envoient des cyclistes à Berne pour qu'ils s'informent plus amplement. Des assemblées démocratiques approuvent l'une après l'autre l'interruption de la grève,

13 seuls les travailleurs zurichois du bois et du métal refusent de reprendre le travail pendant un jour de plus. L'après-midi, l'armée provoque un bain de sang à Granges: des mitrailleurs vaudois et des dragons de l'Emmental ouvrent le feu sur la population, trois jeunes travailleurs âgés de 17 à 29 ans sont tués, deux d'entre eux d'une balle dans la nuque.

«C'est à en pleurer! Jamais une grève n'a été interrompue de manière aussi honteuse», écrit un futur conseiller fédéral socialiste dans *La voix du peuple* zurichoise. Le Comité d'Oltten le voit autrement. L'interruption de la grève n'est pas une capitulation, mais une nécessité en raison du rapport de force. La lutte continue. Et, en effet, la Suisse connaîtra un nombre record de conflits de travail dans les années qui suivront.

Les avis divergent encore aujourd'hui sur les interprétations à donner à la grève générale de 1918. Parmi les revendications formulées par les grévistes, l'élection du Conseil national au scrutin proportionnel sera réalisée en 1919, ce qui fit perdre la majorité absolue aux libéraux. La même année, la semaine de 48 heures dans les fabriques est introduite dans la loi. Il faudra en revanche attendre jusqu'en 1948 pour qu'une assurance vieillesse et invalidité entre en vigueur. Et jusqu'en 1971 pour que les femmes obtiennent le droit de vote.

La justice militaire a ouvert une procédure pénale contre 3500 grévistes, 147 seront condamnés.

Traduction: Anne Rubin

14 Am 9. November 1918 geht der Erste Weltkrieg zu Ende, in Deutschland und Österreich stürzen die Throne, und in der Schweiz wird an neunzehn Orten gestreikt. Es ist ein Proteststreik, provoziert durch ein Militäraufgebot des Bundesrates zur «Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung», das sich gegen unzufriedene, teils hungernde Arbeiterinnen und Arbeiter richtet. Organisiert hat den Protest das Oltener Aktionskomitee, die nationale Streikleitung von Gewerkschaftsbund und Sozialdemokratischer Partei.

Der auf 24 Stunden begrenzte Proteststreik verläuft friedlich. In Biel zum Beispiel flanieren die Menschen durch verkehrsfreie Strassen und amüsieren sich mit Musik und Gesang. In Arbon stehen zweitausend Leute auf einer Wiese am Bodensee und empören sich über das Aufgebot von Thurgauer Soldaten gegen ihre «Klassengenossen». In Bern, Basel, Winterthur gibt es Kundgebungen, die als äusserst diszipliniert beschrieben werden. In Zürich lässt der militärische Platzkommandant einige Streikposten verhaften. Er verbietet ausserdem eine Feier zum ersten Jahrestag der russischen Revolution, die auf den nächsten Tag angekündigt ist.

Der 9. November ist ein Samstag, am Montag soll die Arbeit wieder aufgenommen werden. Die Zürcher GewerkschafterInnen wollen jedoch weiterstreiken, so lange bis das Militär abzieht. Als am Sonntag, 10. November, trotz Verbot siebentausend Leute zum Fest der Oktoberrevolution auf dem Münsterhof zusammenströmen, eröffnen die Truppen das Feuer. Sie schiessen über die Köpfe hinweg in die Hausfassaden, Querschläger schwirren durch die Menge, eine Panik entsteht, und jemand von den Demonstranten hat einen Revolver dabei: Ein junger Soldat, ein Bauer oder Melker aus Pfaffnau im Luzernischen, wird das erste Todesopfer des Konflikts, der jetzt zum unbefristeten, landesweiten Generalstreik eskaliert.

Dienstag, 12. November

Offiziell beginnt der Landesstreik am Dienstag, 12. November 1918 um 00.00 Uhr. In den Fabriken der Deutschschweiz, auf Baustellen, im öffentlichen Verkehr, in vielen Postbüros, in Druckereien steht an diesem Dienstagmorgen alles still. In Luzern zum Beispiel hat ein Eisenbahner noch in der Nacht

15 die Innen- und Aussenbeleuchtung des Bahnhofes einfach ausgeschaltet und ist danach ins Volkshaus zu einer Versammlung gegangen. Später wird er für diese Tat mit zwei Wochen Gefängnis bestraft. Wer die Züge stoppt, kann die ganze Wirtschaft lähmen, Automobilverkehr gibt es noch kaum. Ein Vertreter des Oltener Aktionskomitees reist nach Lausanne, um auch dort die Bahnarbeiter vom Streiken zu überzeugen. Die Westschweizer ArbeiterInnen feiern gerade den Waffenstillstand und den Sieg der Franzosen im Weltkrieg, dem Funktionär aus der Deutschschweiz stehen sie misstrauisch gegenüber. Nach einiger Diskussion entscheidet sich aber auch das Bahnpersonal der Suisse Romande für den Streik. Die Arbeiterschaft vieler Privatbetriebe schliesst sich an. In Moutier unterbrechen Gewerkschafter kurzerhand die Elektrizitätszufuhr der Industrie, und schon befindet sich Moutier im Ausstand. Im Tessin trifft der Appell des Oltener Aktionskomitees verspätet ein, er ist unterwegs abgefangen worden. Weil die Züge nicht mehr fahren, muss er von einem Velokurier ausgetragen werden, die Beteiligung am Streik ist danach gering.

Die Forderungen des landesweiten Generalstreiks lauten:

1. Sofortige Neuwahl des Nationalrates auf der Grundlage des Proporz
2. Aktives und passives Frauenwahlrecht
3. Einführung der allgemeinen Arbeitspflicht
4. Einführung der 48-Stunden-Woche in allen öffentlichen und privaten Unternehmungen
5. Reorganisation der Armee im Sinne eines Volksheeres
6. Sicherung der Lebensmittelversorgung im Einvernehmen mit den landwirtschaftlichen Produzenten
7. Alters- und Invalidenversicherung
8. Staatsmonopole für Import und Export
9. Tilgung aller Staatsschulden durch die Besitzenden

Streik ist eine demokratische Angelegenheit: Wer seine Arbeitskraft verkauft, hat das Recht, über die Konditionen des Verkaufs mitzubestimmen oder ihn zu verweigern. Die Forderungen im Landesstreik betreffen allerdings nicht nur die Arbeitsverhältnisse:

16 Mit dem Streik sollen politische Ziele, gesellschaftliche Veränderungen erzwungen werden.

Mittwoch, 13. November

Schätzungsweise 250 000 Arbeiterinnen und Arbeiter streiken. In Zürich hat der örtliche Platzkommandant seine Soldaten mit Handgranaten ausrüsten lassen. In Bern tagt seit Dienstagmorgen die Bundesversammlung. Es werden heftige Reden gehalten. Manche fürchten einen Bürgerkrieg, manche den Bolschewismus. Die Linke hofft, eine neue Zeit breche an. Im nahen Ausland, etwa in Konstanz, regieren schon Arbeiter- und Soldatenräte. Am Mittwoch überweist der Kantonsrat in Zürich ein Postulat, wonach die Arbeiter künftig am Gewinn der Unternehmen und an der Geschäftsleitung beteiligt werden sollen. Der Zürcher Regierungsrat ist in die Kaserne geflüchtet. In Solothurn demonstrieren 1500 Leute vor dem Untersuchungsgefängnis, weil junge Streikende eingesperrt wurden. Es kommt zu einem Handgemenge, die Soldaten schießen, ein Gewerkschaftssekretär wird verletzt.

Noch während in Bern das Parlament über den Generalstreik debattiert, stellt der Bundesrat am Mittwoch dem Oltener Aktionskomitee ein schriftliches Ultimatum: Es müsse bis 17 Uhr abends den Streikabbruch verkünden. Das Komitee trifft sich in der Berner Kapellenstrasse, das Gewerkschaftslokal ist von Truppen umstellt, die Telefonleitungen sind zeitweise unterbrochen. Nach langer Debatte verspricht das Komitee um zwei Uhr nachts das Ende des Streiks auf Donnerstagabend. Am Freitag soll wieder gearbeitet werden.

Donnerstag, 14. November

Der Landesstreik ist gescheitert. Die letzten, die es erfahren, sind die Streikenden selbst. Manche wollen die Nachricht gar nicht glauben. In Saint-Imier hält ein Gewerkschafter eine Rede: Das Gerücht vom Streikabbruch zeige wieder einmal, wie schamlos die bürgerliche Presse lüge. Die Eisenarbeiter in Gerlafingen schicken Radfahrer nach Bern, um nähere Informationen einzuholen. In demokratischen Versammlungen von Ort zu Ort wird dem Abbruch nachträglich zugestimmt, nur die

17 Zürcher Metall- und Holzarbeiter verweigern die Arbeit noch einen Tag länger. In Grenchen richtet die Armee am Donnerstagnachmittag ein Blutbad an: Waadtländer Mitrailleure und Dragoner aus dem Emmental eröffnen das Feuer auf die Bevölkerung, drei junge Arbeiter zwischen 17 und 29 Jahren werden getötet, zwei von ihnen mit Schüssen in den Hinterkopf.

«Es ist zum Heulen! Niemals ist schmälicher ein Streik zusammengebrochen», schreibt im Zürcher «Volksrecht» ein späterer sozialdemokratischer Bundesrat. Das Oltener Aktionskomitee sieht das anders. Der Abbruch sei keine Kapitulation, sondern eine Notwendigkeit angesichts der Machtverhältnisse. Man werde sich weiter wehren. Tatsächlich erlebt die Schweiz in den folgenden Jahren eine Rekordzahl an Arbeitskämpfen.

Über die Bedeutung des Landesstreiks 1918 gibt es bis heute unterschiedliche Meinungen. Von den Forderungen der Streikenden wird die Proporzwahl des Nationalrates 1918 verwirklicht, die Freisinnigen verlieren damit die absolute Mehrheit. Im selben Jahr wird auch die 48-Stunden-Woche in den Fabriken zum Gesetz. Die Alters- und Invalidenversicherung hingegen braucht bis 1948. Das Frauenstimmrecht wird erst 1971 eingeführt.

Gegen 3500 Streikende leitet die Militärjustiz ein Strafverfahren ein, 147 werden verurteilt.

La grève  
générale

Intégration et  
origines

Der  
Landesstreik

Einbettung  
und Ursachen

# Die «siegenden Geschlagenen».

Kontext und  
Verlauf der Landes-  
streikbewegung

Robert Grimm brachte bereits ein halbes Jahr nach dem Abbruch des Landesstreiks dessen Wirkung auf den Punkt:

«... schien es im ersten Augenblick, als ob Partei und Gewerkschaften den Kampf verloren hätten, so waren sie in Wirklichkeit die siegenden Geschlagenen. Geschlagen insofern, als sie im Interesse der Selbsterhaltung und der Weiterentwicklung ihrer Kämpfe den Streik abbrechen mussten, siegend aber, weil kurze Zeit darauf (...) eine Reihe wichtiger Forderungen bewilligt werden mussten (...), nicht aus Liebe zum Proletariat, sondern aus bleicher Furcht vor der möglichen Wiederholung der Massenaktionen.»<sup>1</sup>

Dieses Ergebnis des Landesstreiks ist massgeblich aus der Wechselwirkung von innenpolitischen gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen und internationalem Kontext zu erklären. Denn die schärfste schweizerische innenpolitische Konfrontation seit 1847 fand gleichzeitig statt wie die Revolutionen in zwei Nachbarländern.

### Landesstreikbewegung und Landesstreik

Unter «Landesstreikbewegung» werden hier neben den Novemberstreiks von 1918 auch die übrigen Massenaktionen der schweizerischen Arbeiterbewegung in den Jahren 1917–1919 verstanden. Die Vorgeschichte der Landesstreikbewegung begann schon kurz nach dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs mit der Gründung der Zentralen Notstandskommission der Schweizerischen Arbeiterschaft, an der sich neben Gewerkschaftsbund und Sozialdemokratischer Partei anfänglich auch die Konsumvereine beteiligten. Der Kampf gegen die vom Krieg auch in der neutralen Schweiz ausgelöste Verschlechterung des Lebensniveaus der Lohnabhängigen erreichte am 30. August 1917 einen ersten Höhepunkt mit den landesweit während der Arbeitszeit durchgeführten Teuerungsdemonstrationen. Ein Nachspiel der Landesstreikbewegung waren die erfolgreiche Achtstundenbewegung im Frühling 1919 und die Auguststreiks 1919 in Basel und Zürich.

Auslöser der Landesstreikbewegung waren im Dezember 1917 und Januar 1918 die schliesslich zurückgezogenen Pläne des Bundesrats, eine Zivildienstpflicht für den Mehranbau von Nahrungsmitteln einzuführen. In einer landesweiten Versammlungswelle protestierte die Arbeiterschaft gegen dieses Projekt, worauf der Bundesrat Truppen in Bereitschaft stellte. In einer Sitzung beschlossen die Leitungen von Partei und Gewerkschaftsbund am 4. Februar 1918 die Einsetzung eines gemeinsamen Ausschusses, der kurz «Oltener Aktionskomitee» genannt wurde.

Anfang März 1918 verabschiedete eine weitere gemeinsame Sitzung von Partei und Gewerkschaften ein Konzept für die Vorbereitung eines befristeten Generalstreiks als Druckmittel. Bereits in der Milchpreiskampagne vom April 1918 kam diese Konzeption mit einem Teilerfolg zum Einsatz. Als noch wirksamer erwies es sich

im Juli und August 1918. Am 27. und 28. Juli 1918 fand in Basel der Erste Allgemeine Arbeiterkongress statt. Er umfasste Delegierte der Partei- und Gewerkschaftssektionen. Der Kongress beschloss, eine verbesserte Lebensmittelversorgung, die Aufhebung verschiedener repressiver Massnahmen der Behörden und eine Nachteuerungszulage für das Bundespersonal notfalls mit einem allgemeinen Landesstreik durchzusetzen. Die Drohung wirkte – der Bundesrat machte bald weitgehende Zugeständnisse.

Zur Eskalation kam es erst später: Am 7. November 1918 wurden Bern und Zürich aufgrund eines Bundesratsbeschlusses vom Vortag militärisch besetzt. Begründet wurde dies äusserst vage mit «bolschewistischen» Umsturzplänen. Wenige Tage später leitete der Bundesrat eine Untersuchung ein, welche nachträglich die Beweise für diese Behauptungen liefern sollte. Im Februar 1920 wurde diese Untersuchung, da ergebnislos, klammheimlich eingestellt.

Für das Oltener Aktionskomitee kam das Truppenaufgebot überraschend: Noch am 6. November hatte das Komitee zwar beschlossen, die Einleitung einer neuen Bewegung zu prüfen. Dies allerdings mit einem viel längeren Zeithorizont. Schon am 7. November selbst trat das Komitee erneut zusammen und beschloss, auf Samstag, 9. November 1918 zu einem 24-stündigen Proteststreik gegen das Truppenaufgebot aufzurufen. Nach dem erfolgreichen Proteststreik beschloss die Arbeiterunion Zürich, entgegen der Weisung des Aktionskomitees den Streik auf eigene Faust weiterzuführen. Nach ergebnislosen Verhandlungen mit dem Bundesrat und der gewaltsamen Auflösung einer Demonstration in Zürich beschloss in der Nacht vom 10. auf den 11. November eine gemeinsame Sitzung des Oltener Aktionskomitees mit den Leitungen von Gewerkschaftsbund, Partei und Parlamentsfraktion den allgemeinen Landesstreik auszulösen. Der Streik begann um Mitternacht 11./12. November. Bereits in der Nacht vom 13. zum 14. November fiel der Beschluss, den Streik um Mitternacht 14./15. November abubrechen. Das Risiko einer gewaltsamen Eskalation, die von der Arbeiterschaft nicht zu gewinnen wäre, wurde als zu hoch eingestuft.

### Der internationale Kontext in der Strategie der Landesstreikbewegung

In der im Februar und März 1918 wesentlich von Grimm erarbeiteten Strategie der Landesstreikbewegung spielt der internationale Kontext eine wichtige Rolle. Das Konzept schlug vor, sich vorerst auf einen befristeten landesweiten Generalstreik als letztes Mittel zu beschränken. Denn bei einem unbefristeten Generalstreik bestehe immer das Risiko eines Bürgerkriegs. Dieser berge, solange «in den angrenzenden Ländern nicht eine starke revolutionäre Bewegung

vorhanden ist, wie beispielsweise zur Sonderbundszeit», das Risiko einer ausländischen Militärintervention in sich. Diese Gefahr könne aber auch bis zu einem gewissen Grad genutzt werden:

«Inwieweit der unbefristete Generalstreik als Droh- und Pressionsmittel wirkt, ist bedingt durch das Interesse der Bourgeoisie an der Erhaltung des Staates. Dieses Interesse (...) kann von der Arbeiterschaft ausgenutzt werden, indem sie (...) die Bourgeoisie zwingt, dem Proletariat Zugeständnisse zu machen, um der Intervention des Auslandes vorzubeugen.»<sup>2</sup>

Vieles spricht dafür, dass im November 1918 das Oltener Aktionskomitee genau diese Wechselwirkung des veränderten internationalen Kontexts mit den innenpolitischen Kräfteverhältnissen nutzen wollte: Bereits am 6. November erteilt es Grimm den Auftrag, ein Gutachten über die Aussichten des Kampfs um die Macht zu erstellen. Noch klarer in diese Richtung deutet der Beschluss zur Auslösung des unbefristeten Landesstreiks am 10./11. November: Den frontalen Kampf um die ganze Macht sah das Komitee zwar kaum als erfolgreich an. Die neue Situation – Revolution in Deutschland und Österreich – ermöglichte jedoch mehr Druck aufzusetzen.

#### Die internationale revolutionäre Welle ...

Die gesamte Landesstreikbewegung war Teil der internationalen revolutionären Welle 1917–1920, die mit der russischen Februarrevolution beginnt. Frappant war die Gleichzeitigkeit der Ereignisse im November 1918: Der Proteststreik vom 9. November 1918 fand am gleichen Tag statt wie die Revolution in Berlin, der Landesstreik begann einen Tag nach der Revolution in Wien und dem Ende des Ersten Weltkriegs. Allerdings stellte das Aktionskomitee damals auch fest, dass in den Staaten der Entente keine revolutionäre Strömung vorhanden war.

Eine zentrale Passage im Aufruf zum Landesstreik sprach denn auch dem Bundesrat mit einem Hinweis auf die geänderte internationale Lage das Misstrauen aus:

«In der grossen Zeit, da im Auslande (...) die Kronen über die Strasse rollen, (...), beeilt sich der Bundesrat (...), den Belagerungszustand zu verhängen und das Volk unter die Fuchtel der Bajonette und Maschinengewehre zu stellen. (...) Eine solche Regierung beweist, dass sie unfähig ist, der Zeit und ihren Bedürfnissen gerecht zu werden.»<sup>3</sup>

Deshalb sei eine «ungesäumte Umbildung der bestehenden Landesregierung unter Anpassung an den vorhandenen Volkswillen» notwendig. Diese neue Regierung solle das bekannte Minimalprogramm verwirklichen.

Warum erliess der Bundesrat ein Truppenaufgebot, das derart mit dem demokratischen Aufbruch im nördlichen und östlichen Nachbarland kontrastierte? Die Antwort: nicht nur die revolutionäre Welle, sondern auch die konterrevolutionären Tendenzen waren international. Einerseits drängte die Armeespitze um General Wille und Generalstabschef Sprecher den Bundesrat zur Repression. Deren Sympathie für die Militärmonarchien war ein offenes Geheimnis. Andererseits übte die Diplomatie der Westmächte erheblichen Druck aus, «bolschewistische Umtriebe» in der Schweiz zu unterbinden. Deshalb beschloss der Bundesrat u.a. die Ausweisung der Sowjetmission. Angeheizt wurde das Klima zudem durch die gezielte Verbreitung von Gerüchten und Falschmeldungen.

Besonders spürbar war der Einfluss der Entente in den französisch- und italienischsprachigen Landesteilen. Das internationale Umfeld trägt somit wesentlich zur Erklärung der unterschiedlichen Intensität des Landesstreiks in den Sprachregionen bei. Ernest-Paul Graber, sozialdemokratischer Nationalrat und Redaktor aus La Chaux-de-Fonds, dazu in seinem Votum am 2. Allgemeinen Arbeiterkongress: «Vous Suisses allemands, vous subissiez, au moment surtout de la grève générale, l'influence et les effets des révolutions allemande et autrichienne, tandis que nous, Suisses romands, nous subissions malheureusement dans la bourgeoisie le contre-coup de la victoire de l'Entente.»<sup>4</sup>

Der Druck der Westmächte auf den Bundesrat war ein Ausdruck der scharfen Rechtswende, die diese Regierungen am Kriegsende vollzogen. Otto Bauer, der wichtigste Vordenker der österreichischen Sozialdemokratie, analysiert dies wie folgt:

«Der Sieg der Westmächte über die Mittelmächte (...) war die grösste und die blutigste bürgerliche Revolution der Weltgeschichte. (...) Revolutionär, solange sie dem Mitteleuropa der Habsburger und Hohenzollern gegenüberstand, wurde die Bourgeoisiedemokratie des Westens konterrevolutionär, sobald sie sich der proletarischen Revolution gegenüber sah.»<sup>5</sup>

Ein Schüler Otto Bauers, Adolf Sturmthal, veröffentlichte 1927 die einzige grössere zeitgenössische ausländische Analyse des Landesstreiks. Sturmthal erklärte die Reaktion des schweizerischen Bürgertums auf die Forderungen der Arbeiter aus genau diesem gesamt-europäischen Zusammenhang:

2 [Robert Grimm]: Entwurf zur Generalstreikfrage [sog. «Bürgerkriegsmemorial»]. 16.02.1918, Ar SGB, Oltener Aktionskomitee / Generalstreik 1918, G 190/3, S.7.

3 An das arbeitende Volk der Schweiz! Bern, 11. November 1918.

4 Protokoll des II. Allgemeinen Schweizerischen Arbeiterkongresses. Sonntag, den 22. und Montag den 23. Dezember 1918 im Volkshaus Bern, Bern: Unionsdruckerei 1919, S.20.

5 Otto Bauer: «Die österreichische Revolution» [1923], in: Otto Bauer Werkausgabe, Bd.2, Wien: Europaverlag 1976, S.488–866 [Werkausgabe, Bd.2], S.632 und 641.

6 Adolf Sturmthal: «Die Novembertage 1918 in der Schweiz», in: Kampf 20 (1927), Nr.1, S.30.

«Alles, was in der Arbeiterschaft den Eindruck wachrufen musste, es gelte nun den Brüdern in Deutschland, Russland und Österreich zu folgen, eben das musste in der Bourgeoisie den Gedanken erzeugen, (...) jedes Entgegenkommen (...) würde als ein Symptom der Schwäche ausgelegt werden. Es war in der Wahrheit die Angst, die die Bourgeoisie dazu trieb, die starke Hand zu zeigen (...).»<sup>6</sup>

#### Fazit

Die Interaktion von innenpolitischen Kräfteverhältnissen und aussenpolitischem Kontext spielte während der ganzen Landesstreikbewegung eine entscheidende Rolle – und dies war den Akteuren auf beiden Seiten sehr bewusst. Die mitteleuropäische Revolution 1918 weckte gleichzeitig grosse Ängste im Bürgertum und grosse Hoffnungen in der Arbeiterschaft. Als konterrevolutionäre Präventivmassnahme bot der Bundesrat in diesen Tagen Truppen auf. Das Oltener Aktionskomitee antwortete (nach dem eintägigen Warnstreik) mit der Aufnahme des Kampfs für eine Umbildung der Regierung. Die neue Regierung sollte ein umfassendes Reformprogramm für mehr Demokratie, soziale Sicherheit und planvolle Lenkung der Wirtschaft verwirklichen. Dieser sofortige radikale Macht- und Politikwechsel liess sich zwar nicht durchsetzen. Als Machtdemonstration war der Landesstreik dagegen bereits kurzfristig, vor allem aber in den nächsten drei Jahrzehnten erfolgreich. Auch beim Tempo der weiteren Entwicklung war neben der Konjunktur das internationale Umfeld jeweils ein entscheidender Faktor. So begünstigte etwa die Bedrohung durch die faschistischen Regimes, die sich aus den konterrevolutionären Bewegungen unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg entwickelt hatten, und vor allem deren Niederlage schliesslich die Herausbildung eines stabilen Klassenkompromisses in der Schweiz.

# Die Basler Lebensmittelversorgung im Krieg

## und ihre Bedeutung für den Landesstreik

28 Am 4. Juli 1918 legte der Regierungsrat von Basel-Stadt dem kantonalen Parlament einen Ratschlag zur «Verbesserung der Ernährungsverhältnisse» vor. Darin benannte er ungewohnt deutlich die Probleme in der städtischen Versorgung. Er hielt fest, dass die städtische Bevölkerung schwer unter der Not leide. Die Lebensmittelnot und damit verbunden das Gefühl von Benachteiligung hätten eine «starke Erregung» in der Bevölkerung hervorgerufen. Eine «Verbesserung der Ernährungsverhältnisse» sei dringend nötig, um Schlimmeres zu verhindern.<sup>1</sup>

#### Entwicklung 1914 bis 1916

Schon in den ersten beiden Kriegsjahren verzerrten die wachsende Teuerung, Handelshemmnisse und Verteilkonflikte den lokalen Lebensmittelmarkt, und sie zehrten an der wirtschaftlichen Substanz insbesondere der einkommensschwachen Bevölkerung. Denn trotz Kriegskonjunktur und vollen Auftragsbüchern der Industrie blieben die Löhne auf dem Vorkriegsniveau. Gleichzeitig entwickelte sich Basel bald zu einem Zentrum für Lebensmittelausfuhren – legalen und illegalen – nach Deutschland, wo sich früh Versorgungsschwierigkeiten abzeichneten.

Immer mehr Menschen gerieten so in Schwierigkeiten. Immer mehr Familien aus tiefen Einkommensschichten vermochten sich den alltäglichen Lebensmittelbedarf trotz Erwerbsarbeit nicht mehr zu sichern. Im Winter 1916/17 verschärfte sich die Ernährungssituation infolge Milch-, Kartoffel- und Buttermangel massiv und Basel drohte eine Lebensmittelnot. Erst jetzt reagierte die Politik mit konkreten Hilfsmassnahmen.

#### Wende in der Lebensmittelpolitik

Im Dezember 1916 wurde in Basel die Volksküche eröffnet, die allen Besuchern gleichermassen, unabhängig von ihrem Wohnort und ihren finanziellen Möglichkeiten, zugänglich war. Sie bot Suppe für 10, Gemüse für 25 und Brot für 5 Rappen an. Schon bei der Eröffnung erwies sich die Volksküche aber als zu klein; sie musste in der Folge unter grossem Druck vergrössert werden.

In der Landwirtschaftspolitik schlug die freiwillige Produktionsförderung in einen Anbauzwang um, der die einzelnen Kantone zu einem Mehranbau von Getreide und Kartoffeln verpflichtete. In Basel schuf der Regierungsrat das kantonale «Anbauamt», das die verordnete «Hebung der Produktion» in den Kleingärten und der kantonalen Landwirtschaft vorantreiben sollte. In der Folge setzte sich in Basel eine Rhetorik der Anbauschlacht *«avant la lettre»* durch. Auf dem Stadtgebiet wichen nach und nach Sportplätze, Parkwiesen und private Ziergärten dem Lebensmittelanbau.

Die entscheidende Wende in der Lebensmittelpolitik leiteten allerdings die eidgenössischen Behörden ein. Im Frühjahr 1917

29 wurde die «Notstandsaktion» eingeführt, die für die untersten Einkommensschichten zuerst den Bezug von Reis, Zucker, Teigwaren, Maisgries, später dann von Milch, Brot, Petrol, Kartoffeln und Brennmaterial verbilligte. Gleichzeitig trat auch die vom Bundesrat verordnete rationierte Abgabe von Monopolwaren in Kraft. Kontingentiert und rationiert wurden zuerst Zucker und Reis – wenig später dann auch Milch und Teigwaren.

Dennoch verschlechterte sich die Situation infolge einer wetterbedingten schlechten Ernte und sinkender Importe, besonders von Getreide und Mehl. Im Oktober 1917 führte der Bundesrat die Brotkarte, die erste eidgenössische Rationierung, ein.

#### Versorgungskrise und Lebensmittelnot

Im Winter 1917/18 erreichte Basel eine Versorgungskrise von überraschender Intensität. Es mangelte an Milch, Brot, Kartoffeln, wichtigen Gemüsen wie Kohl, Rüben, Sauerkraut sowie an Fett und Käse. Die Folgen waren dramatisch. Im Jahr 1918 litten in der Stadt viele Menschen an Hunger, Unterernährung und wirtschaftlicher Not. Dem kantonalen Lebensmittelfürsorgeamt war es wegen des Mangels an wichtigen Inlandprodukten und aufgrund der knappen Zuteilung von Monopolwaren nicht möglich, die Ausfälle und die knappen Rationen zu kompensieren. Zahlreiche Arztzeugnisse und Unterstützungsgesuche von «notleidenden» Menschen mussten vom Markenbüro abgewiesen werden. Unterernährung, Mangelerscheinungen und andere Symptome existenzieller Not, wurden von der kantonalen Lebensmittelfürsorge nicht als Grund für Mehrzuteilungen anerkannt. Ihre Hauptaufgabe bestand angesichts der knappen Ressourcen und der steigenden Not hauptsächlich in der Verwaltung des Mangels.

Die Mangelverwaltung stellte sich jedoch als äusserst schwierig dar. Weil etwa die bestehende Monopolwarenabgabe von Zucker, Reis und anderen Importlebensmitteln kantonal geregelt war, unterschieden sich die Höhe der Rationen und deren Verteilung und Kontrolle von Kanton zu Kanton. Im Schatten dieses kantonalen Flickenteppichs entwickelte sich ein florierender Schwarzmarkt. Die Leidtragenden waren hauptsächlich einkommensschwache Bevölkerungskreise und städtische Regionen ohne eigene Landwirtschaft.

Um dem Mangel zu entfliehen, beteiligte sich 1918 beinahe die gesamte Basler Bevölkerung am Schwarzhandel. Die Schattenwirtschaft drohte, die gesamte staatliche Kriegswirtschaft zu untergraben. In Basel bekämpfte die Lebensmittelpolizei den Schwarzmarkt deshalb unerbittlich.

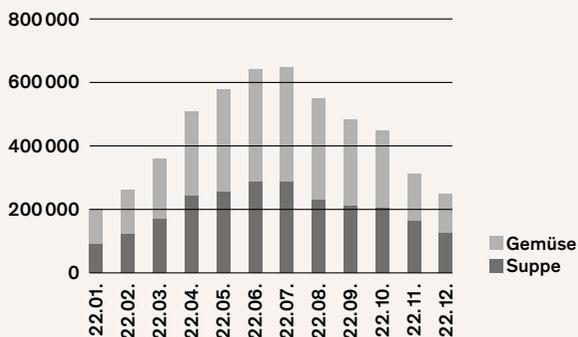
Neben dem Markensystem und dem Lebensmittelhandel überprüften die Behörden in Basel systematisch auch private Keller,

30 Dachstöcke und Vorratskammern. Dies hatte eine enorme Zunahme von Verzeigungen, Denunziationen und Gerichtsurteilen zur Folge.

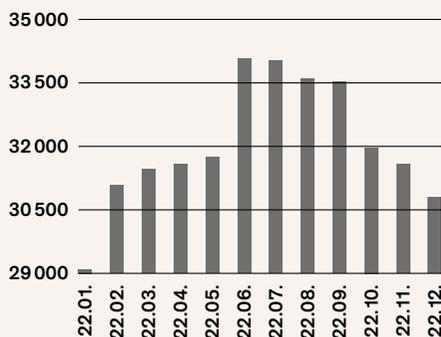
Der Schwarzmarkt blühte aber auch über die nationalen Grenzen hinweg und dies trotz Verschärfungen der Ausfuhrbestimmungen. Aufgrund der ungenügenden Grenzkontrolle wurden weiterhin Fett, Schokolade, Kakao und Kaffee aus der Schweiz geschmuggelt. Eine wirksame Verstärkung der Grenzkontrolle scheiterte an der Armeeführung. Diese weigerte sich lange, militärische Grenzschutztruppen für zollpolizeiliche Arbeit zur Verfügung zu stellen. Als das Militär schliesslich grössere strafrechtliche Kompetenzen zugesprochen erhielt, begann im Sommer eine veritable «Jagd auf Schmuggler». In der Bevölkerung verstärkte sich dadurch die Wahrnehmung, dass der kleine Schmuggler hart bestraft würde, die grossen Schieber und Kriegsprofiteure jedoch unbehelligt davon kämen.

### Höhepunkt der Ernährungskrise im Sommer 1918

Im Kontext dieser wachsenden Not und der zunehmenden sozialen Konflikte fand am 20. Juni 1918 in Basel die vierte grosse Teuerungs-



Grafik 1 Monatliche Frequenzen in der staatlichen Volksküche in Basel (ausgegebene Portionen)<sup>2</sup>



Grafik 2 Total notstandsbeschäftigte Personen in Basel im Jahr 1918<sup>3</sup>

31 demonstration statt. Im Anschluss daran kam es zu Ausschreitungen. Eine kleine Gruppe von Jungsozialisten zog nach der Versammlung durch die Strassen und stürmte, nachdem die Gäste zum Verlassen des Lokals aufgefordert worden waren, die Terrasse des Stadtcasinos. Das Casino galt als Ort, wo sich die soziale Ungerechtigkeit am deutlichsten zeigte, als Ort des Reichtums und Wohlstands inmitten von Notstand und sozialer Misere. Der Aufstand war damit nicht nur ein Protest gegen die schlechte Versorgungslage, sondern vor allem gegen die Ungleichheit in der Ernährungsfrage und die Behörden, die diese Probleme nicht zu lösen vermochten.

Der «Casino-Sturm» rüttelte die Politik wach. In der Folge versuchte der Regierungsrat alle Kräfte zu mobilisieren, um die Ernährungssituation in Basel zu verbessern. Der eingangs erwähnte Ratschlag der Regierung zur Verbesserung der Ernährungsverhältnisse vom 4. Juli 1918 markiert gleichzeitig den Höhepunkt der Lebensmittelkrise in Basel, die an zwei Beispielen veranschaulicht werden.

Am 4. Juli 1918, am selben Tag wie der Regierungsrat dem Parlament seinen Ratschlag vorlegte, gab die Basler Volksküche an ihren mittlerweile acht Standorten insgesamt 15 389 Portionen Suppe und 25 547 Portionen Gemüse ab. Damit verzeichnete die Volksküche ihren absoluten Besucherrekord. (Grafik 1)

Ebenfalls im Juni und Juli erreichte auch die Notstandsaktion die höchste Zahl von Unterstützungsberechtigten. In diesen Monaten waren rund 24,4% der ständigen Wohnbevölkerung, also insgesamt 34 079 Personen, notstandsbeschäftigt. Ihr Monatseinkommen war so tief, dass sie zum staatlich verbilligten Bezug von Milch, Brot, Kartoffeln und Brennmaterial berechtigt waren. (Grafik 2)

Beide Grafiken zeigen deutlich, dass die Versorgungskrise ihren Höhepunkt im Juli 1918 erreichte. Sie zeigen aber auch eine Entspannung in den Sommer- und Erntemonaten danach.

### Anhaltende Lebensmittelnot trotz Entspannung in Versorgungsfragen

Tatsächlich scheint sich die Ernährungslage in Basel ab August wieder etwas zu entspannen. Die Besucherzahlen in der Volksküche waren seit August rückläufig. Auch bei der Notstandsaktion gingen die Zahlen der Notstandsbeschäftigten zurück. Doch der Schein dieser positiven Entwicklung in der zweiten Jahreshälfte trügt und erweist sich bei genauerem Hinschauen nicht als Entwarnung in Sachen Versorgung.

Zwar waren nach dem «Casino-Sturm» die Löhne vieler Arbeiter und Angestellten erstmals etwas gestiegen und in den Sommermonaten entschärfte eine gute Ernte in den knapp 9000 städtischen Pflanzgärten Mangel und Knappheit. Doch die Lohn-

2 Monatliche Frequenz (Portionen) in der staatlichen Volksküche Januar, Dezember 1918, eigene Darstellung.

3 Anzahl notstandsbeschäftigte Personen Januar, Dezember 1918, eigene Darstellung.

erhöhungen und -zulagen waren angesichts der Teuerung weiterhin unzureichend und auch die Erleichterungen aus den Gemüsegärten waren nur punktuell und vorübergehend.

Ausserdem ging der Rückgang in der Volksküche hauptsächlich auf besser gestellte Kreise zurück, die mit Beginn der Sommerferien und mit Hilfe eigener Gemüsegärten nicht mehr täglich auf das Volksküchenessen angewiesen waren.

Und schliesslich war der Rückgang bei der Notstandsaktion auf verschärfte Kontrollen der kantonalen Lebensmittelfürsorge zurückzuführen. Zahlreiche Familien, die im Juli eine kleine Lohnerhöhung erhalten hatten, wurden dadurch wieder aus der Notstandsaktion ausgeschlossen. Sie verloren mit dem Verlust der Notstandsunterstützung mehr, als sie durch die Lohnerhöhung zuvor gewonnen hatten.

Wie angespannt die Ernährungslage auch in der zweiten Hälfte des Jahres war, verdeutlichen viele Arztzeugnisse, die beim Kriegsfürsorgeamt wegen Mangel-, Unterernährung und Krankheit weiterhin eingingen. Die Grippewelle forderte auch in Basel Tausende Kranke und zahlreiche Tote. Noch im September 1918 sah sich das Markenbüro gezwungen, die Kriterien für die Mehrzuteilung von Lebensmitteln an kranke und alte Menschen zu verschärfen, um die Verteilung mit Monopolwaren, Milch und Brot aufrecht zu erhalten. Trotz des Rückgangs bei den beiden Fürsorgeeinrichtungen dauerten Lebensmittelnot, Ernährungskrise und Teuerung also den ganzen Sommer und Herbst über an.

#### Die Rolle der Ernährungskrise im Landesstreik

Die andauernd prekäre Ernährung, die Teuerung und vor allem die Verteilungleichheit im Zusammenhang mit der Lebensmittelpolitik waren, neben weiteren sozialen Fragen, treibende Kraft und zentrales Motiv für den Landesstreik in Basel. Auch in Basel hinterliessen Krieg und Landesstreik eine gespaltene und zerrissene Gesellschaft. Trennend wirkte vor allem der Umstand, dass sich Teuerung, Hunger und Mangel unterschiedlich auswirkten. Der staatlichen Kriegswirtschaft war es trotz massiven Anstrengungen ab 1917 nicht gelungen, diese Unterschiede auszugleichen.

Wenngleich die Versorgungsfragen im Herbst politisch nicht mehr die gleiche Brisanz aufwiesen wie noch im Frühling und Sommer, so dauerte die Lebensmittelnot in der Bevölkerung im Alltag weiter an und weit über den Waffenstillstand im November 1918 hinaus.

Der Vortrag basiert auf der Dissertation «Von Notstand und Wohlstand. Die Basler Lebensmittelversorgung im Krieg 1914–1918» von Maria Meier (erscheint voraussichtlich 2018).

# Les banquiers contre la grève générale

La Première Guerre mondiale permet aux banques suisses de jouer un rôle considérable dans les transactions internationales. La place financière gagne en autonomie par rapport aux concurrents étrangers et engrange des bénéfices énormes. Le rôle international du franc et l'afflux de capitaux étrangers augmentent à la fin de la guerre. La stabilité politique et monétaire est une condition vitale pour la place financière qui se développe grâce à la confiance qu'elle peut inspirer à ses clients suisses et étrangers.

Mais, la prospérité éclatante des établissements financiers cache mal la dégradation des conditions de vie de la population, y compris des employés de banque. Cette dégradation des conditions imposées au personnel atteint un tel niveau qu'une grève des employés paralyse, avec l'appui de l'Union ouvrière locale, les banques zurichoises.

#### La grève des employés de banque à Zurich (30 septembre / 1<sup>er</sup> octobre 1918)

Comme l'a montré Hans Ulrich Jost, l'Association zurichoise des employés de banque recrute rapidement environ 1800 membres. Leurs revendications suscitent une large sympathie. Les employeurs se montrent d'abord intransigeants. L'Union ouvrière déclenche une grève de solidarité et démontre sa capacité à organiser des piquets de grève efficaces. Les entrées de toutes les banques sont bloquées. Adolf Jöhr, secrétaire général de la Banque nationale, est empêché par le piquet de grève de rejoindre son nouveau bureau de directeur général du Crédit Suisse. Pour un dirigeant qui avait anticipé, avant 1914, l'essor de la place financière en cas de guerre mondiale, c'est à la fois une humiliation et un motif de profonde inquiétude pour l'après-guerre.

Le lendemain, chef de l'état-major de l'armée, Sprecher von Bernegg, écrit au général Wille :

«Ce qui s'est passé le 1<sup>er</sup> octobre à Zurich est ni plus ni moins que la capitulation du pouvoir bourgeois devant la masse révolutionnaire.»

#### Les pressions des banquiers sur les autorités

Le Comité de l'Association suisse des banquiers (ASB) se réunit le 4 octobre 1918. Le directeur général du Crédit Suisse, Hermann Kurz raconte à ses collègues la grève de Zurich. Il évoque l'efficacité insolente et joyeuse des piquets de grève qui entravent le déplacement des directeurs convoqués à une réunion avec le Conseil d'Etat. Il s'insurge aussi contre les autorités cantonales qui ont exercé des pressions intolérables sur les banquiers. L'ASB décide d'agir pour isoler l'association zurichoise des employés et d'intervenir auprès des autorités fédérales.

Le 22 octobre, une longue requête est adressée au Gouvernement suisse. Le but de l'ASB est de montrer que, pendant les

troubles de Zurich, le pouvoir était entièrement dans les mains de personnes qui manifestaient dans la rue. Causés avant tout par le manque de protection par les autorités, ces événements ont provoqué une impression extrêmement regrettable et qui pourrait devenir fatale dans le futur. Les banques zurichoises subissent des retraits considérables. Dès que les communications postales seront rétablies avec l'étranger, les capitalistes étrangers voudront mettre en sécurité les dépôts qu'ils possèdent en Suisse. Cela risque de diminuer la capacité des banques suisses à placer des capitaux. L'ASB demande que la propriété privée ne soit pas sacrifiée à l'arbitraire et que la liberté d'action du citoyen ne soit pas réduite de manière aussi extrême. Si à l'avenir de tels agissements ne sont pas combattus avec toute l'énergie nécessaire, l'ASB prévoit qu'aussi bien la vie et la propriété du citoyen seront, en violation de nos lois, livrées à la force brutale de la populace déchaînée. L'ASB demande donc d'utiliser toute l'énergie et la force nécessaires.

#### Pourquoi une telle insistance ?

Au cours du XX<sup>e</sup> siècle, les banquiers suisses ont maintes fois exprimé leur conviction profonde : il faut de longues et nombreuses années pour inspirer la confiance aux clients suisses et étrangers. Mais celle-ci peut s'écrouler en quelques jours. Il serait alors très long et coûteux de rétablir la confiance et de voir à nouveau affluer les capitaux. C'est pourquoi les banquiers se montrent plus impatients et virulents que certains industriels. Ceux-ci peuvent attendre la fin d'une grève, l'échec d'un conflit ouvrier peut retarder la livraison d'un produit industriel. Un client peut éventuellement attendre une marchandise. Par contre, un capitaliste s'inquiète beaucoup plus rapidement.

Les demandes des milieux bancaires sont aussi exprimées dans la *Neue Zürcher Zeitung*, notamment par un article du 20 octobre 1918 du professeur de droit Fritz Fleiner qui siège aussi depuis 1916 au Conseil d'administration de Crédit Suisse. Selon lui, l'Etat de droit est menacé par les activités de l'Union ouvrière pendant la grève. Les succès ouvriers se basent sur le faible engagement des forces bourgeoises, sur le manque populaire de respect pour la loi et l'ordre, sur les activités de trop nombreux étrangers révolutionnaires qui séjournent en Suisse.

Ces arguments, exprimés par l'ASB et par Fleiner, influencent les dirigeants militaires, notamment le général Wille qui adresse le 4 novembre 1918 un rapport alarmiste au Conseil fédéral.

«De manière générale, on considère, depuis les événements du 1<sup>er</sup> octobre, la situation comme très sombre. Pratiquement, tous mes interlocuteurs sont convaincus que lors du prochain conflit les banques seront pillées. [...] Beaucoup de personnes privées ont retiré leurs fortunes qui étaient déposées dans les coffres des banques. [...] En général, on vit dans la crainte d'une proclamation [...]

de la grève générale, et d'une révolution qui en résultera et qui fera tomber sans peine le pouvoir dans les mains des bolcheviks.»

On sait que le Conseil fédéral décide d'envoyer des troupes à titre préventif. Dans son rapport sur le service d'ordre à Zurich, le colonel Emil Sonderegger écrit notamment qu'à leur demande, toutes les grandes banques ont été protégées par une unité militaire.

#### Les banquiers, les gardes civiques et les organisations anticommunistes

Après la grève, les banquiers fustigent les grévistes et leurs dirigeants. Mais ils évitent de publier leurs décisions et activités afin de ne pas donner une image de fragilité et de faiblesse. Ils écartent tout «ce qui éveillerait dans le public une appréhension inutile.»

Ils restent aussi actifs que discrets avant et après novembre 1918. Selon le professeur Sébastien Guex, leurs contributions représentent un sixième des recettes de la Fédération patriotique suisse pour l'année 1920–1921. Dès 1918, même avant la grève générale, les gardes civiques s'organisent avec l'appui des milieux d'affaires. Guex a calculé que le total des fonds pour les cinq gardes civiques les plus importantes (Zurich, Bâle, Saint-Gall, Genève et Lucerne) atteint 2,5 millions de francs suisses en 1919. Ce montant considérable représente plus de 40 millions en francs actuels. Les banques et compagnies d'assurances en ont financé une bonne partie. Le 6 décembre 1918, le Comité de banque de la Banque nationale suisse décide d'accorder 50 000 francs aux diverses sections locales des gardes civiques. La banque centrale financera aussi la Fédération patriotique suisse.

Des banquiers, notamment les Hentsch, financent et dirigent les activités de Théodore Aubert, membre fondateur en 1918 des Unions civiques opposées aux grèves, puis de l'«Entente internationale contre la IIIe Internationale».

Lors de la séance du 13 novembre 1919, le Comité de l'ASB discute de l'évolution des associations du personnel, se réjouit que des structures cantonales aient été mises en place et que l'association zurichoise soit isolée et affaiblie. La grève qui a éclaté à la Chaux-de-Fonds est considérée comme une exception regrettable. Le banquier genevois Paul Appia ajoute :

«Nous devons malheureusement reconnaître que dans un trop grand nombre de banques, il n'y a pas de contacts entre les chefs et leurs employés. Chez nous, j'ai réuni tous nos employés et je leur ai causé comme un père de famille.»

En janvier 1919, le *Bulletin commercial et industriel suisse* publie ce que le *Journal de Genève* appelle «une leçon de choses». En effet, l'Etat de Genève vient d'émettre un emprunt de 20 millions qui a été couvert deux fois. Plus de la moitié des souscriptions sont venues de la Suisse allemande. Par contre, seul un tiers d'un emprunt de la ville de Berne a été souscrit.

«La ville de Berne est dirigée depuis peu par une municipalité socialiste. Chez nous, c'est au contraire un parti décidé à faire respecter la loi et l'ordre public qui a repris les rênes du pouvoir. [...] Tout se paie.»

Faire payer la grève générale au mouvement ouvrier et le dissuader d'y recourir à nouveau sont deux objectifs centraux pour les milieux bancaires.

#### Le spectre de la grève générale

Les dirigeants de l'économie et de la politique suisses n'avaient pas anticipé que le consensus noué pendant l'été 1914 s'effondrerait ainsi en quelques années. Pour la génération qui a vécu l'automne 1918, cela restera donc une véritable hantise que d'assister à nouveau à un effritement et à un écroulement d'un consensus noué, comme celui de 1937, avec les accords de paix du travail dans l'horlogerie puis la métallurgie. Pendant toute la Seconde Guerre mondiale, notamment en 1943, des mesures sont prises dans le cadre de l'organisation de l'économie de guerre pour consolider et prolonger la paix du travail.

Le banquier privé et conseiller aux Etats genevois Albert Pictet exprime ses soucis dans le *Journal de Genève* du 21 octobre 1943 : «On ne payera jamais trop pour éviter, après la guerre, la lutte des classes et le communisme.» Et il ajoute :

«Ce propos, comme beaucoup des slogans que nous entendons, contient une part de vérité : C'est en effet le devoir de tous, magistrats et citoyens, d'associer leurs volontés pour épargner à notre pays des luttes sociales et, surtout, les épreuves de force que les contrecoups de la guerre pourraient susciter. Personne ne pense plus que les risques de révolution seront éliminés par des simples concessions d'ordre matériel accordées à l'ouvrier.»

Même si le banquier privé ne cesse de réclamer une réduction du déficit, il doit reconnaître que des mesures considérables et structurelles sont nécessaires pour éviter une nouvelle Grève générale.

Le Parti socialiste suisse progresse lors des élections fédérales. En décembre 1943, l'Assemblée fédérale élit au Conseil fédéral Ernst Nobs, qui fut un des dirigeants de la grève générale de 1918 et qui deviendra le chef du Département des finances. Un terrain d'entente sera trouvé avec les banquiers. Sur le plan interne, il s'agit notamment de gérer les dettes encore plus massives qu'en 1918. Sur le plan international, il faut insérer la Suisse dans les relations économiques d'après-guerre. Afin de riposter aux critiques des Alliés et aux menaces d'isolement, l'ASB demande une audience au Conseil fédéral : le 12 juin 1945, le chef de la diplomatie, Max Petitpierre, et le chef du Département des finances, Ernst Nobs, expriment un point de vue analogue : les intérêts des banques et ceux de l'Etat vont de pair. Après une intervention énergique et virulente de Pictet, Nobs déclare :

« Le Conseil fédéral connaît le danger et c'est son devoir de ne pas abandonner les banques, mais au contraire de les soutenir. »

A l'automne 1918, les grévistes ont provoqué de profondes inquiétudes chez les banquiers qui ont redouté que la confiance inspirée par la place financière suisse ne s'effritât et qui ont donc préconisé des mesures très énergiques pour lutter contre la grève générale. Les interventions de l'armée et les transformations des organisations professionnelles ont permis de contenir le mouvement gréviste. Des concessions relatives ont été accordées. Par la suite, la consolidation de la paix sociale et de la stabilité politique ont été des facteurs essentiels de l'essor de la place financière suisse au XX<sup>e</sup> siècle.

Lignes  
de conflit,

zones  
de conflit

**Konfliktlinien,  
Konfliktfelder**

# Kampf für die Frauenrechte – Allianzen und Bruchlinien

44 Das Frauenstimmrecht stand im Forderungskatalog des Landesstreiks an prominenter zweiter Stelle, was auf den ersten Blick überraschen mag. Denn bereits im Frühjahr hatte der wenig frauenfreundliche Fritz Platten die einzige Frau im Oltener Aktionskomitee (OAK), die Zürcherin Rosa Bloch-Bollag, abgelöst. Und in den Protokollen des OAK ist vom Frauenstimmrecht ausser am 6. November – unmittelbar vor Ausrufung des Streiks – eigentlich nie die Rede. Doch im Vorfeld des Streiks waren Genossinnen wegen der markanten Verteuerung der Grundnahrungsmittel an der Spitze der «Hungerdemonstrationen» gestanden und hatten damit grosses mediales Echo ausgelöst.

#### Transnationale Diskussionen international organisiert

Entsprechend der Parole des internationalen Frauenkongresses in Kopenhagen von 1910 unter Führung der deutschen Sozialdemokratin Clara Zetkin verpflichtete die Arbeiterinnensekretärin Marie Hüni den Schweizerischen Arbeiterinnenverband (SAV) sich «auf den Boden des Klassenkampfes zu stellen, der von vornherein jede bürgerliche Allianz (...) ausschliesst». Die Frage der Allianzen stellte sich insbesondere in der Frage des Frauenstimmrechts. Dennoch schloss Hüni «ein zeitweiliges Zusammengehen der proletarischen und bürgerlichen Frauen» nicht grundsätzlich aus, eine Zusammenarbeit, für die im Einklang mit einigen anderen Sozialdemokratinnen auch die Pazifistin Clara Ragaz-Nadig als auch die unabhängig von der Parteilinie politisierende Ärztin und Frauenrechtlerin Betty Farbstein-Osterseher einstanden. Und so entschied der SAV 1912, dass die Klasseninteressen nur bei wirtschaftlichen Themen eine strikte Trennung bedingten. Allerdings wurde der SAV Ende 1917 aufgelöst und dessen Mitglieder gänzlich in die sozialdemokratischen Sektionen integriert. Der neu gegründeten Zentralen Frauen-Agitationskommission (ZFAK) stand Rosa Bloch-Bollag vor, die Lehrerin Agnes Robman nahm in der Geschäftsleitung der Partei Einsitz. Diesen Frauen gelang es, dank ihrer Mobilisierungskraft zentralen Frauenanliegen auf allen Ebenen der Partei Gewicht zu verleihen. In der *Vorkämpferin* vom 1. August 1917 wurde allerdings auch die Abgrenzung zu bürgerlichen Frauenrechtlerinnen hervorgehoben:

«Für die bürgerlichen Frauen ist die Erreichung des Stimmrechtes Selbstzweck, Endziel; für die proletarische Frau ist es ein Mittel, den Klassenkampf wirksamer zu führen.»

Der Kampf um Frauenrechte und Sozialismus wurde von der sozialistischen Frauenbewegung während des Krieges auch auf transnationaler Ebene mit Nachdruck vertreten. So auch an der von Clara Zetkin und Alexandra Kollontai im März 1915 nach Bern einberufenen sozialistischen Frauen-Internationale. Neben der politischen und wirtschaftlichen Gleichberechtigung war die Forderung nach Frieden «ohne jede Annexion und Eroberung» das zentrale Ziel. Selbstverständlich aber

45 nur unter dem Vorzeichen des Kampfes für den Sozialismus, wie es der Aufruf am Ende der Konferenz in eindeutiger Kürze proklamiert: «Nieder mit dem Kriege! Durch zum Sozialismus!»

Damit grenzten sich die Genossinnen auch von den Pazifistinnen ab, die sich mehrheitlich der Demokratie und Gewaltfreiheit verpflichtet sahen. Diese versammelten sich wenige Wochen nach dem Berner Treffen der Sozialistinnen in Den Haag zur Gründung des «Internationalen Frauenkomitees für Dauernden Frieden», das später in «Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit» umbenannt wurde (Sitz in Genf). Allerdings waren unter den gut 1000 Delegierten in Den Haag keine Schweizerinnen, doch übernahm die Zürcher Sozialdemokratin Clara Ragaz kurze Zeit später die Organisation einer Schweizer Sektion. Neben die Forderung nach Frieden und dem Frauenstimmrecht stellten die in Bern 1915 versammelten Genossinnen die Bekämpfung der Not.

#### Notstandsmassnahmen gegen den Hunger

Die grossen – und erfolgreichen – Massendemonstrationen vom Sommer 1918 wurden unabhängig vom OAK von Frauen organisiert. Die grösste mediale Beachtung fand der auf rund 2000 Personen anschwellende Zug der Zürcherinnen vom Helvetiaplatz bis zum Rathaus. Dort tagte das Parlament. Von ihm und der Regierung forderten die Frauen vor allem die Übernahme des vorausgegangenen Milchpreisaufschlags durch den Kanton, die Erhöhung der Milchration für Arbeiterfamilien, die Festsetzung eines Existenzminimums sowie die Erhöhung der Notunterstützung der Wehrmannsfamilien. Sie dabei auf die demokratische Verfassung von 1869 berufend, verlangten sie Eingang ins Parlamentsgebäude, um ihr Begehren vor dem Kantonsrat zu begründen, was eben diese Verfassung grundsätzlich ermöglichte. Sie liessen sich nicht abwimmeln, bis das Parlament beschloss, am darauf folgenden Montag, dem 17. Juni, eine Dreier-Delegation zu empfangen. Das *Volksrecht* kommentierte das Durchsetzen der Verfassungsartikels von 1869 mit der treffenden Feststellung:

«Wer hätte damals daran gedacht, dass ein halbes Jahrhundert später es Sozialdemokraten, und nicht nur das, dass es Frauen sein würden, die von diesem Rechte erstmals Gebrauch machen und dadurch erstmals im Kantonsparlament sich hören lassen würden. [...] Der Kantonsrat hatte gestern seinen Frauentag, einen historischen Tag!»

Die Tribüne war vollbesetzt, im Ratssaal wurden Zustimmungserklärungen vom Frauenstimmrechtsverein und der Zürcher Frauenzentrale verlesen. Diese doppelten mit einer eigenen Eingabe nach und beriefen auf den 18. Juni eine grosse Frauenversammlung ein, damit bürgerliche und sozialdemokratische Frauen gemeinsame

Wege fänden, um der Not entgegenzuwirken. Dazu gehörte die Forderung nach Kontrolle der prekären Löhne von Frauen sowie nach einem Minimallohngesetz. Und das von bürgerlicher Frauenseite! In der Folge wurde eine Vertreterin bürgerlicher Frauenvereine in das Ernährungsamt, Rosa Bloch-Bollag in die Verteilungskommission des Ernährungsamts gewählt. Auch auf nationaler und städtischer Ebene wurden sowohl bürgerliche als auch Vertreterinnen der Arbeiterinnenbewegung in Ernährungs- und Notstandskommissionen gewählt.

Die Aktionen der Arbeiterinnenbewegung zahlten sich aus, weil sie auch die bürgerlichen Frauenorganisationen unter Druck setzten. Diese unterstützten denn auch vielfach die von der Arbeiterinnenbewegung erhobenen Forderungen. So kommentierte Emilie Gourd, Präsidentin des Frauenstimmrechtsverbandes, enthusiastisch den Kampfgeist der Zigarrenarbeiterinnen in Brissago im Herbst 1916, nachdem der Fabrikdirektor auf die Forderung nach Erhöhung der Löhne mit der Schliessung einer der beiden Fabriken reagiert hatte:

«Alors, un magnifique vent de révolte et de solidarité souffla sur toutes les cigarières; celles qui avaient du travail l'abandonnèrent, et à l'unanimité des 500 ouvrières des deux fabriques la grève fut votée.»

Schliesslich wurden die Löhne angehoben.

«Résultat remarquable, tant au point de vue économique qu'au point de vue féministe, de ce que peuvent fairent des femmes quand elles veulent une chose et la veulent toutes».

## Das Frauenstimmrecht

Zwar setzten sich Frauenrechtlerinnen vom klassenkämpferischen Ziel der Arbeiterinnenbewegung ab: «Nicht Klassenkampf, sondern Klassenausgleich erstreben wir.» Gleichzeitig aber dankten Frauenstimmrechtsvereine der sozialdemokratischen Partei für die Eingaben zum Frauenstimmrecht in kantonalen und städtischen Parlamenten, da sie sich im Gegensatz zur Passivität der freisinnigen Partei dezidiert für dieses Ziel einsetze. Auf diesem Hintergrund erwies sich für bürgerliche Frauenrechtlerinnen der Landesstreik mit seiner prominenten Platzierung des Frauenstimmrechts auf der Forderungsliste als eine ambivalente Angelegenheit: Am Dienstag, 12. November, wurde, so Lisa Strub in ihrer Chronik der Frauenbewegung 1918/19, «zum ersten Male in unserem Parlamente die Forderung nach dem Staatsbürgertum der Frau gestellt. [...] Es ist selbstverständlich, dass diese Vorkommnisse von den fortschrittlich gesinnten Frauen mit Spannung verfolgt wurden, und dass sie Punkt 2 des Oltener Programmes unterstützen mussten. Weil die Zeit drängte, hatte Emilie Gourd, die Präsidentin des schweizerischen Frauenstimmrechtsverbandes, ohne Absprache mit anderen ein Telegramm an den Bundesrat geschickt:»

«L'Association suisse pour le suffrage féminin, condamnant énergiquement toute violence et se plaçant sur le terrain de la plus scrupuleuse constitutionnalité, conformément à l'appel du Conseil fédéral au peuple suisse du 11 novembre, recommande chaleureusement au Haut Conseil fédéral la réalisation du point 2 du programme du comité d'action d'Oltten, soit: droit électoral actif et passif pour les femmes.»

Diese Botschaft löste bei den verschiedenen politischen Parteien negative Kommentare aus, bei der sozialdemokratischen Partei, weil sich der Verband gegen jeden Gewaltakt aussprach, bei den bürgerlichen, weil auf das Oltener Programm Bezug genommen wurde. Auch innerhalb des Verbandes wurde es als «trop bolchéviste par les uns, trop gouvernemental par les autres» beurteilt, doch weder dem Zentralkomitee noch der Präsidentin wurde deshalb das Vertrauen entzogen.

## Tiefe Gräben und frauenspezifische Allianzen

Gräben öffneten sich allerdings während des Streiks. Zum einen weil gemeinnützige Frauengruppen den gegen die Streikenden aufgegebenen Truppen Tee und Suppe servierten, zum andern wegen der im Gefolge des Truppenaufgebots steigenden Zahl der an spanischer Grippe erkrankten Soldaten. Auf ultimatives Geheiss der Armeeführung organisierte der von Else Spiller geleitete Verband «Soldatenwohl» in Zusammenarbeit mit Frauen aus gemeinnützigen Vereinen die Unterbringung der Kranken. Sie richteten in unglaublicher Effizienz in vielen Schulhäusern und sogar in der Zürcher Tonhalle Spitäler und Lazarette für Hunderte von Soldaten ein. In Zürich wurden Spillers Einrichtungen durch die von Bankiers, Industriellen, Geschäftsleuten und reicheren Bürgern organisierte «Zürcher Spende» finanziert.

Trotz der klaren gesellschaftspolitischen Verortung vieler engagierter bürgerlicher Frauen kam es im Gegensatz zum Antagonismus zwischen Arbeiterbewegung und Bürgerblock auch in der Nachkriegszeit weiterhin zu punktuellen Allianzen, wenn es um Fragen der Berufsbildung, der Lohngleichheit und des Frauenstimmrechts ging. So riefen im Rahmen der Schweizerischen Ausstellung für Frauenarbeit (SAFFA) 1928 Frauenrechtlerinnen zu einer Petition für das Frauenstimmrecht auf. Nur dank den organisatorischen Erfahrungen der Sozialdemokratinnen konnte 1929 in kurzer Zeit eine Viertel-million Unterschriften gesammelt werden, ein Rekord für eine Petition seit Bestehen des Bundesstaates. Vier Jahre später gründeten Frauenrechtlerinnen aus dem bürgerlichen und dem sozialdemokratischen Lager die Arbeitsgemeinschaft «Frau und Demokratie». Es war die erste Organisation in der Schweiz, die nach der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten in Deutschland zum Schutz der Demokratie aufrief. Gleichzeitig verweist die Zusammenarbeit zwischen Sozialdemokratinnen und bürgerlichen Frauen auf neue Bruchlinien: zwischen kommunistischer und sozialdemokratischer Linken.

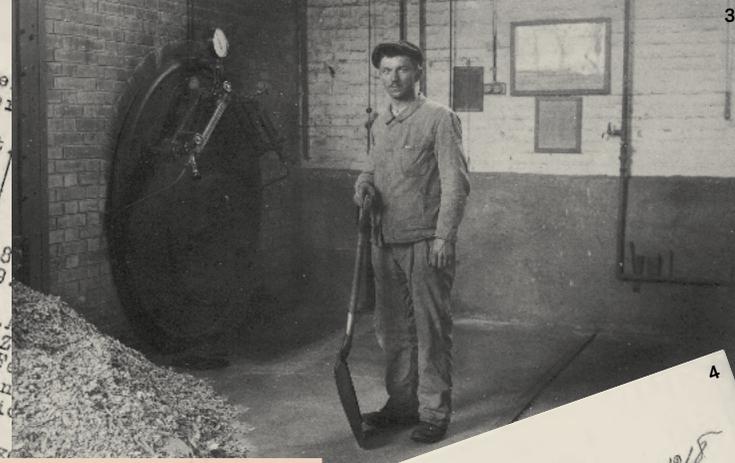
Im Gegensatz zum starken Graben zwischen der Linken und dem Bürgerblock im Gefolge des Landesstreiks kam es unter linken und bürgerlichen Frauenorganisationen mit Ausnahme des katholischen SKF nicht zu einer auch nur annähernd gleichen Polarisierung. Vielmehr verweisen Überschneidungen in der Beurteilung von Sachverhalten in jenen Bereichen, die heute als Care definiert werden, auch in den 1920er und 30er Jahren über alle Gegensätze hinweg auf gemeinsame Interessen, die es auch gemeinsam wahrzunehmen galt. Dasselbe gilt für die Themen der beruflichen Stellung und der rechtlichen Diskriminierung der Frauen.

unterstützt. ... seither nicht nötig  
 12. Jst beschlossen  
 13. Ungenügend  
 14. Jst eingetreten  
 15. ??  
 16. ??  
 1. Durchgeführt  
 1. Teilweise gelungen  
 2. Für Minderbemittelte  
 3. Abgelehnt  
 4. Errichtung von Mietämtern  
 5. Beschlossen  
 6. Jn Kraft auf 1. April 1918  
 7. Eingetreten, aber ungenügend  
 8. Für Minderbemittelte  
 9. Jn Kraft

16. Dezember 1916.  
 1. Verbilligung der Monopolattikalen um 20-25% an Minderbemittelte

14. Februar 1917.  
 1. Verhinderung der Milchpreisaufschläge  
 2. Verhinderung der Brotpreiserhöhungen  
 3. Unterstütsungsaktion auf der Basis von Zuschüssen (Existenzminimum)  
 4. Verbot der Mietzinserhöhungen  
 5. Unterstütsung der Arbeitslosen  
 6. Errichtung von Löhntariffen  
 7. Erhöhung der Wehmannunterstütz.  
 8. Lieferung von Petrol zu bill. Preis  
 9. 7 Uhr Ladenschluss

17. August 1917.  
 1. Verhinderung weiterer Milchpreisaufschläge  
 2. Verbot von Marktmilch  
 3. Aufrechterhalten der Rationierung von Butter u. Höchstpreiserhöhung der Brottration für Arbeiter  
 4. Erhöhung der Ration für Minderbemittelte  
 5. Übernahme der Brotpreisaufschläge durch Bund  
 6. Erhöhung der notwendigen Kartoffel-  
 7. Höchstpreise für Kartoffel-  
 8. Erhöhung der Höchstpreise für  
 9. Verbot der Ausfuhr  
 10. Erhöhung des Viehhandelsmonopols  
 11. Erhöhung der Preise für Fleisch u. Fett  
 12. Erhöhung der Preise für Fleisch u. Fett  
 13. Erhöhung der Preise für Fleisch u. Fett  
 14. Erhöhung der Preise für Fleisch u. Fett  
 15. Erhöhung der Preise für Fleisch u. Fett



Gewerkschaftskartell  
 Zürich  
 Volkshaus, Stauffacherstraße 60  
 TELEPHON 2404

167 Zürich, den 14. März 1918

Herrn  
 K. Dürr, Sekretär des Schweiz. Gew. Bund  
 in Bern

Wertere Genosse ! In der Beilage sende ich Dir ein Protokollauszug über die Verhandlungen des Regierungsrates betr. die Lohn- und Arbeitsverhältnisse bei der Durchführung von Bodenverbesserungen im Kanton Zürich. Es könnte nichts schaden, wenn Du vielleicht die Bestimmungen in der Rundschau zum Ausdruck bringen würdest. Der Vorstand des kantonalen Gewerkschaftskartells wird in der Sitzung vom nächsten Samstag dazu Stellung nehmen. Am letzten Dienstag habe ich an einer Versammlung der Vertreter der Meliorationsgenossen teilgenommen. Kulturingenieur Girserberger hat den Bauern die Bestimmungen in den wichtigsten Punkten erläutert und sie dringend ersucht, dem Vertrage nachzugeben, damit bald der Frieden einkehre. Es wird sich nun zeigen, ob die Ratschläge befolgt werden. Ich selber habe an Bauern auch noch im Gewissen geredet und diese ersucht, nicht als Lohnrücker aufzutreten. Hoffentlich machen wir mit dem Vertrage keine schlechten Erfahrungen und kommen auch bei uns die Leute wieder zur Vernunft. Soviel ich vernommen habe, sollen demnächst wieder Deserteurs & Refraktäre aufgeboden werden. Das Aktionskomitee sollte, wenn dem so ist, dafür sorgen, dass diese dann die gleichen Löhne erhalten. Dies zu Deiner Orientierung ! Mit Genossengruss !

Herisau, den 22. Juni 1918

22. Juni im Purlach zum Kopf...  
 Auf einem...  
 Handlung...  
 2...  
 ...







1416  
 (Mitg.) Am Donnerstag nachmittag fand im Bundeshaule eine Konferenz zwischen dem Oberen Aktionskomitee und einer Delegation des Bundesrates statt. Der Bundesrat war vertreten durch seinen Präsidenten, Herrn Calonder, und Herrn Bundesrat Motta. Den Verhandlungen wohnten ferner bei die Herren von Goumoëns, Kesslin vom Justizdepartement und der Vizebundeskanzler von Zeiger. Vom Aktionskomitee nahmen an den Verhandlungen teil die Herren Dürr, Dübli, Graber, Grimm, Fuggler, Jig, Schneider und Dr. Woster. Das Aktionskomitee dankte dem Bundesrat gegenüber.

# Der Lande

## Ein Wort zur Aufklärung

### Im Lügen-Wirtswarr.

Es ist merkwürdig. Der Landesstreik liegt nur ein alle haben ihn miterlebt, mit eigenen Augen gesehen, und schon den widersprechendsten Darstellungen und Meinungen seiner bemächtigt. Phantastische Erfindungen gehen um, und tausend Versammlungen und Diskussionen gehen ab, anderes und wuklen alles besser, bis aus den ganz einfach Wirtswarr geworden war, in dem Latbestand und Lügen, die mehr zu unterstehen sind. Darum greift einer hier zur Nähe gesehen hat. Ich will alles haarklein erzählen, wie es sich nehme kein Blatt vor den Mund. Ich will nur die Wahrheit jeder Auskunft finden über alles das, was ich am Generalstreik

### Wie es kam.

Das Unbegreiflichste am Landesgeneralstreik ist sicher das, daß Hunderttausende von Arbeitern und Zehntausende sagen auf einen Schlag die Arbeit verließen. Es streikten Arbeiterorganisationen Mitglieder zählen, und auch diese ist kein geschlossenes Ganzes. Jede ging früher mehr oder weniger waren sie vor dem Krieg und noch mehr nach Kriegsausbruch. Was kitzelte sie auf einmal alle so fest zusammen? Was bevertausend Arbeiter organisierten? Kein General und kein Schweizerische Armee Soldaten zöber handelten? Auf diese Frage

### ges über unsere Demokratie

Die Schweiz ist eine Demokratie der Welt zu sein. Vielleicht und lebensschwach geworden und ist eine Demokratie nur der Fort dem Befehle wohl alle Schweizer en Schweizern eine rechte Ungl in Saos und Traus. Sie wohn Die Lebensmittelnot während de penskosten haben ihnen nichts zult n alle zusammen einige Milliar ten nichts, sondern lassen andere



Rosa Bloch, die bekannte Arbeiterkämpferin und Führerin der Frauenbewegung in den Kantonsrat.

Verleihen Montag nachmittag der Zürcher Kantonsrat eine Aburteilung der Zürcher Arbeiterinnen, um ihre Klagen über die Arbeitsverhältnisse zu berücksichtigen. Es dürfte doch sehr zu sein, daß Zürcher Arbeiter Gehör und einen Lohn aufweisen. Nicht, wie es die Arbeiterinnen, um ihre Klagen vorzubringen.



Die gewaltige Menschenmenge vor dem Zürcher Rathaus in Erwartung der Ereignisse. (Walter Schuler, Zürich)



Die sozialistische Generalversammlung auf dem Weg ins Zürcher Rathaus. 1. Dr. Dürr, 2. Frau Rosa Bloch, 3. Dr. Kesslin, die alle im Kantonsrat sprechen. (Walter Schuler, Zürich)



Die Straße vor dem Zürcher Rathaus ist durch Weisstruppen abgeperrt. (Walter Schuler, Zürich)



Das schmutze Soldatenzelt bei Hubermatt mit

15

**GENERALSTREIK.**

Von 15 Verbänden wurden folgende Orte als geeignet gefunden zur Durchführung eines Generalstreikes:

Zürich	12 mal
Bern	12 "
Basel	11 "
Winterthur	9 "
Genève	7 "
St. Gallen	6 "
Niel	6 "
Lausen	5 "
Schaffhausen	3 "
de Fonda	2 "

Arbeiterzahl	Lohn	Verhältnisse		Anzahl
		Wohnung	Arbeitslos	
1. Brauereiarbeiter	15000	3000	ja	
2. Bauarbeiter	1600	1800	ja	
3. Gefäßgehilfen	3000	72	ja	
4. Gemeinde- und Staatsarbeiter	10000	5000		
5. Hotels-, Transport- und Lebensmittelarbeiter	100000	10000	ja	
6. Holzarbeiter	18000	8000	ja	
7. Hatzarbeiter	2000	260	ja	
8. Lednarbeiter				
9. Lithographen	460	690		ja
10. Extramechaniker	2800	2661		
11. Maler und Gipser	6000	1500	ja	
12. Metall- und Uhrmacher	120000	65000	ja	Spenden ja
13. Papier- und Filzfabrikanten graph. Gewerbe				
14. Schneider				
15. Stein- und Quarzarbeiter	8000	1300	ja	
16. Textilarbeiter	105000	10500		
17. Transportarbeiter (A. U. S. T.)	16000	16000		
18. Typographen	5900	5000		ja
19. Zimmerleute	6000	2000	ja	
<b>Heimkehrer</b>	5000	2500	ja	
<b>Rangpersonal</b>				
<b>Weichen u. Bahnmänner</b>	4000	3500		
<b>Lagerpersonal</b>				
<b>Lohnschlichter</b>				



Leuzigenstrasse April 1917

# COMITÉ D'ACTION OUVRIÈRE

(UNION OUVRIÈRE & LIGUE DU PERSONNEL A TRAITEMENT)

SIÈGE SOCIAL :  
CHAMBRE DE TRAVAIL  
RUE DES  
SAINTS-DU-TEMPLE

Le 11

Au camarade Charles SCHULZ  
Secrétaire de l'Union Syndicale

141



## An die Bevölkerung von Arbon!

Nach vierjähriger Kriegsdauer und Kriegswirtschaft ist es auch in unserm neutralen Lande zum Ausruhen gekommen!  
Das Otkener Aktionskomitee, als Vertretung der Schweizerischen Arbeiterschaft hat die Durchführung des

# allgemeinen Landes-Generalstreiks

beschlossen, beginnend am  
**11. November, nachts 12 Uhr**

zur Erfüllung folgenden Minimalprogramms:

**Sofortige Neuwahl des Nationalrates nach dem Proporz, Frauenwahlrecht, allgemeine Arbeitspflicht, 48-Stundenwoche, Reorganisation der Armee als Volksherr, Sicherung der Lebensmittelversorgung im Einvernehmen mit den Produzenten, Alters- und Invalidenversicherung, Staatsmonopole für Import und Export, Tilgung aller Staatsschulden durch die Besitzenden.**

Die vier Kriegsjahre waren für die Arbeiterschaft eine einzige Kette von Entbehrungen, Enttäuschungen und Herausforderungen!  
Während dem arbeitenden Volk die Lebensmittel in kärglichen Rationen zugeteilt werden kann sich die Gesellschaft der Besitzenden noch an allem göttlich tun und sich alle Genüsse verschaffen, die das Leben schön und angenehm gestalten.  
In den Kurhotels unserer Berge und in den Nachtcafes unserer Städte kennt man keine Rationierung.  
Rücksichtslos wird dem Arbeiter, dem Volk im Wehkleid, der Militärfüstel auf den Nacken gesetzt und wenn es sich dagegen wehrt, sendet man ihm statt Brot blaue Bohnen in den Bauch.  
Nun ist es genug des grausamen Spiels. Es handelt sich um unsere und unserer Kinder Zukunft.

ois de Genève avaient mobilisé tout ce qui était

## Schmeißt die Ausländer hinaus!

Q. 1214

Das patriotische Bürgertum macht eine Unterschriftenammlung, um den Bundesrat zu bewegen, die sogenannten ausländischen Hezer und Wähler auszuweisen. Damit sind natürlich nicht die Schieber, Wucherer und Schmuggler gemeint, die Schuld sind an unserer Lebensmittelnappheit, sondern ausgewiesen werden sollen Arbeit Kameraden, Genossen, denen es ihre sozialistische Ueberzeugung zur Pflicht macht, für die Befreiung der Arbeiterklasse aus dem Joche der wirtschaftlichen Sklaverei überall einzutreten. Kollegen will man treffen, die schon jahrelang in den Arbeiterorganisationen zum Wohl der Arbeiterschaft tätig sind.  
Sollen diese Leute ausgewiesen werden? Diese Leute, denen wir Arbeiter zu Dank verpflichtet sind?  
Die Initiative der Schweizerischen Pfahlbürger richtet sich nicht auf die fremden Schieber und Wucherer, aus deren Schmeißt die Arbeiter, sondern gegen die Wirtschaft die Wirtschaft schreibt die Wirtschaft. Das siebentel übrigen feilnehmern pt, ganz un Wucherer er Gauner ie es die p als die Logi



EIDGENÖSSISCHE ERNÄHRUNG

13

23

[1918]

An die



# Einwohnerschaft von Zürich

## Der Generalstreik geht weiter

Oberstdivisionär Sonderegger hat das Kommando der Ordnungstruppen übernommen. Zürich ist von Truppen besetzt. Da diese Befehl haben, von der Waffe Gebrauch zu machen, ersuchen wir die Arbeiterschaft, sich absolut ruhig zu verhalten, dem Militär gegenüber gleichgültig zu bleiben, sich nicht zusammenzurotten. Die Strassen sind möglichst frei zu halten. Die Arbeiterschaft hat sich in ihren Versammlungslokalen oder in den Wohnungen aufzuhalten. Mit Ruhe und Besonnenheit soll die Kontrolle der Betriebe durchgeführt werden. Wer sich den Befehlen der Streikleitung widersetzt und den Ordnungstruppen, sowie Bürgerwehr Gelegenheit zum Einschreiten gibt, begeht Verrat an der Arbeiterschaft.

Man brennt darauf, den Streik im Blute der Streikenden erstickt zu können, Arbeiter, merkt euch das! Ihr habt die wirksamsten Kampfmittel: Euer Arbeitskraft! Steht ihr mit verwehrten Armen, ruht die Produktion, ist das Wirtschaftsleben gelähmt. Meidet die Strassen, konsumiert keinen Alkohol, besucht die Versammlungen, rüttelt die Gleichgültigen auf.

## Der Kampf geht weiter!

Streikleitung der Arbeiterunion Zürich.

Verlagsgesellschaft Zürich

59  
Bern, den 7. November 1918.  
Älterer Aktionskomitee  
Nationalrat Grimm  
BERN  
auf unsere Antwort betreffend  
Anfrage hin erteilt  
ther konstatieren  
iters" von vielen B  
einschränkend ausge  
gung entstandenen  
das beiliegende Zirk  
wurde der schweize  
erfügung auszugswei  
Hochachtung  
SCHES ERNÄHRUNGS  
Sonn  
in Asten  
Primum

1 Beilage No.

6

Protokoll der  
21. Sitzung des Aktionskomitees, Donnerstag, den 7. November 1918, abends  
10 1/2 Uhr im Volkshaus in B e r n .



Traktanden:

Truppenaufgeboten.

Bern, den 7. November 1918.

24. In Graber und Huggler sind alle Mitglieder  
A der Sitzung teil einige Mitglieder des Bun-  
sbundes, das gleichen Tags in Bern eine Sitzung

Einleitend, dass wohl kaum jemand daran gedacht  
ieder zusammenkommen müssen, nachdem das Bureau  
erhalten hat, einen Bericht zuhanden einer gemein-  
iten. Leider habe sich durch ein gänzlich unnoti-  
in Zürich die Situation so verschärft, dass er die  
einer Sitzung für unumgänglich hielt. Er bringt  
es Bureaus zur Verlesung, die genehmigt wird.  
Erklärung wird indessen der Arbeiterschaft nicht ge-  
ist allgemein gross und man warte darauf, dass das  
Situation gewachsen zeige. Bereits werde von verschie-  
Lösung eines Landesstreiks verlangt.

enden Diskussion, an der sich alle Anwesenden beteilig-  
lere die Frage eines 24 stündigen Proteststreiks ven-  
O der grössten Orte der Schweiz umfassen sollte. Es wurde  
ass diese wenigen Provokationen endlich einmal eine ent-



25

nach zu  
nd nicht  
im November  
November

der Streik,  
e Warnung  
enden  
ite an  
ung der  
um Ausdruck  
geschlossen  
l obsiegen.  
ass sich  
das Truppen-  
die Unbe-  
lebte jedoch  
Protest-  
nachfol-

oon, St.  
e Locle,

Arbeiter-  
Mit der Redaktion des Entwurf wurde eine Subkommission beauftragt. Nach  
örterung einiger technischer Fragen über die Streikdurchführung wurde  
ie Sitzung um 1 Uhr geschlossen.

Der Protokollführer:

26



27

**KEINE VERSCHIEBUNG DES GENERALSTREIKS**  
 \*\*\*\*\*

Von unkontrollierbarer Seite wird das Gerücht ausgestreut, die Ausführung des Generalstreikbeschlusses sei um 24 Stunden verschoben worden. Dieses Gerücht ist frei erfunden. Das Aktionskomitee hat eine Verschiebung nie in Erwägung gezogen, der Streik beginnt auf der ganzen Linie heute nachts um 12 Uhr.

Für das Aktionskomitee:

Bern, den 11. November 1918.

*Grimm  
 Dürr  
 Flg. Düby  
 Dr. Weber*

**Befehl.**

Die Infanterie wird mit 40 Handgranaten pro Kompagnie ausgerüstet. Handgranaten sind ausschliesslich nur dann zu gebrauchen, wenn aus Fenstern und Kellerlöchern geschossen wird. Auf blosser Vermutung hin, dass aus einem Fenster geschossen worden sei, darf keine Handgranate verwendet werden. Wo aber einwandfrei feststeht, dass aus Häusern geschossen worden ist, ist das Handgranatenwerfen befohlene Pflicht.

Zürich, 11. November 1918.

**Kommando der Ordnungstruppen für Zürich:**  
 Oberstdivisionär Sonderegger.



**Die Klasse der Arbeiter!  
 Au peuple laborieux de la Suisse!**

La classe ouvrière de presque toutes les grandes villes de la Suisse a protesté avec une grève de 24 heures contre la mobilisation par une votatrice du Conseil fédéral. Le Comité d'action ouvrière suisse, en corrélation avec cette grève de protestation, qui a eu un cours aussi brillant, demandé le retrait immédiat des troupes. Cette revendication a été refusée par le Conseil fédéral. A une époque où la pensée de la démocratie et de la liberté triomphe à l'étranger, au moment historique où les Etats jusqu'ici moindres dans la poussière, où les couronnes roulent d'un peuple de l'Europe se réveillent d'une nuit d'horreur et de terreur et veulent prendre eux-mêmes leurs destinées en main, le Conseil fédéral encore d'étranger le peu de liberté dont il dispose et de demander le peuple suisse à se soulever.

**Ouvriers!**  
 Nous comptons sur vous. Nous attendons que vous soutiendrez énergiquement et sans délai notre lutte qui doit conduire le peuple suisse à un avenir meilleur. Vous avez été dupés trop longtemps par la classe régnante et le-ci voulait bien vous concéder que ce doit prendre fin, vous devez lutter pour vos intérêts avec fermeté et ne craindre aucun sacrifice s'il ne reste plus d'autres moyens.

Enfin d'assurer le ravitaillement, les organisations ouvrières locales devront créer avec l'aide des masses des grévistes, des cuisines populaires pour nourrir par les communes et les organisations des denrées, mais l'achat en commun des denrées de collaboration. Toute consommation individuelle est interdite. Aidez les autres, que personne ne perd.

1. Renouvellement immédiat du Conseil national d'après la proportionnelle.
2. Le droit de vote et l'éligibilité de la femme.
3. Introduction du devoir de travailler pour tous.
4. Introduction de la semaine de 48 heures dans toutes les entreprises publiques et privées.
5. Organisation d'une armée essentiellement populaire.
6. D'accord avec les producteurs agricoles, assurer le ravitaillement.
7. Assurance vieillesse et invalidité.
8. Monopole de l'Etat pour l'importation et l'exportation.
9. Paiement des dettes pour les délégués.

Telegramm — Télégramme — Telegramma

von — de — da  
da Bern

Wörter — Mots  
Parole

7973

Der Telegraphist: — Le télégraphiste:  
Il telegrafista:

Aufgegeben den — Consigné le

1918 um — à — 2 Uhr — heures — min  
alle ore min  
1918 um — à — 6 Uhr — heures — min  
alle ore min

Contr. N. H 10

11

An die  
Arbeiterschaft der Schweiz



In der Nacht vom 13./14. November hat eine kombinierte Sitzung des Oltener Aktionskomitees, der Geschäftsleitung der sozialdemokratischen Partei, des Bundeskomitees des Gewerkschaftsbundes und der sozialdemokratischen Nationalratsfraktion die **Beendigung des Landesstreiks** beschlossen.

Der Abbruch des allgemeinen Kampfes soll einheitlich **Donnerstag, 14. November, nachts 12 Uhr**, erfolgen.

Dieser Beschluss trifft die Arbeiterschaft in voller Kampf Stimmung. Vielen mag er als verfrüht erscheinen, andern sonst missfallen. Wir verstehen und ehren diese Stellungnahme; sie ist nach dem grandiosen Aufmarsch und dem glänzenden Verlauf des Streiks nur zu verständlich. Für die Fortdauer des Streiks sind lokale Gründe indes nicht entscheidend. Die **allgemeine Gesamtlage ist ausschlaggebend**; sie liess die Fortsetzung des Kampfes auf der ganzen Linie nicht zu.

Die Frage der Weiterführung des Streiks war eine Frage des Verhaltens der Eisenbahner und der mobilisierten Truppen.

Eine Mehrheit der Leitung des Verbandes schweiz. Eisenbahn- und Dampfschiffangestellter schoss unserer Bewegung und den Vertrauensleuten in den Rücken.

Bundesrat und Bundesversammlung haben die Ausarbeitung des Proporzgesetzes in der Dezembersonne und die Ausschreibung der Neuwahlen in den Nationalrat für den März 1919 zugesagt und hinsichtlich der wirtschaftlichen und sozialen Forderungen allgemeine Versprechungen gemacht.

Diese Zugeständnisse können nicht befriedigen. Um aber im Augenblick mehr zu erreichen, wäre die Umwandlung des Landesstreiks in den revolutionären Generalstreik nötig gewesen. Die Arbeiterschaft hätte aber gleichwertige Waffen verfügen müssen, wie das verheerend auf sie gehetzte Heer. Diese Gleichheit bestand nicht. Die Massen wehrlos den Maschinengewehren der Gegner ausliefern, das konnten und dürfen **nicht**.

Wir sind mit unsern Forderungen nicht durchgedrungen. Die Arbeiterschaft erlag der Macht der Bajonette, aber sie ist **nicht bestegt**. Im Generalstreik hat sie zum ersten Mal eine Waffe von grösser und furchtbarer Bedeutung, wenn es sein muss, erlangt. **Es gilt es, auszubauen und zu schärfen.**

Der Landesstreik ist beendet, der Kampf der Arbeiterklasse geht weiter. Wir können zurückgeworfen werden, aber wir beugen uns nicht. Wo die Bedingungen vorhanden sind, ist die Kampf Stimmung im Einzelnen mit den Zentralverbänden zur Führung **gewerkschaftlicher Aktionen**, insbesondere des Achtstundentages, auszumitteln.

**Es lebe der Klassenkampf!  
Hoch die Solidarität!**

Bern, 14. November 1918.

Das Oltener Aktionskomitee.

**Anmerkung.** Diese Proklamation sollte heute nachmittag veröffentlicht werden. Die Veröffentlichung wurde durch die Massnahmen der Zivil- und Militärverwaltung verhindert. Sie stellen dem Oltener Aktionskomitee die schamlose Zumutung des Textes der Aufrufe von der Militärbehörde **genauwiegen** zu lassen. Das Aktionskomitee **wies dieses Ansinnen zurück**. Daraufhin wurde der Sitz der Streikleitung mit einem neuen, verstärkten Truppenelement besetzt. Im Auto fuhr der Generalstabschef von Sprecher in höchst eigener Person vor. Eine Reihe Offiziere erschienen mit ihm. Sämtliche im Hause befindlichen Personen wurden konstituiert, sämtliche Mitglieder des Aktionskomitees, der Stadtpräsident, der Stadtweibel, der geschäftlich im Hause zu tun hatte, eine Reihe sozialdemokratischer Nationalräte militärisch überwacht und festgehalten. Diese lächerlich-provokatorische Aufmachung dauerte **bis abends 6 Uhr** und verhinderte die Streikleitung an jeglichem Verkehr mit der Arbeiterschaft. Abends 6 Uhr kam dann Befehl, das improvisierte Gefängnis aufzuheben, die ganze Bewachung wurde zurückgezogen, die schmällichen Zumutungen an das Aktionskomitee und an die Tagewacht zurückgenommen.

Die militärischen Herrschaften und der Bundesrat sind so um eine Blamage reicher. Der Witz der Verhältnisse wollte es, dass das Militär sogar einen Funktionär der **Zentralpolizei** (Bundesanwaltschaft) verhaftete! Ueber diesen blödsinnig-dummen Akt dreier Freiheitsberaubung wird noch zu reden sein.

*(Handwritten notes and stamps on a document)*

11

An den Bundesrat der Schweizerischen Eidgenossenschaft, Herren Bundesräte!

Wie Ihnen aus der Tagespresse bekannt sein dürfte hat Montag, den 4. Februar a.o. in Olten eine Konferenz der Vertreter der Arbeiterorganisationen stattgefunden, so weit sie daran interessiert sind, Stellung genommen haben. Das Ergebnis dieser Konferenz sind, Stellungen, die zu Arbeiterschaft, der hier beigelegt ist, in den Aufruf an die die von der Konferenz bestellte Aktionskommission ist beauftragt, zur sündlichen Behandlung der Anträge der Arbeiterschaft eine Konferenz mit dem Bundesrat nachzusuchen, was ihm geschieht.

Als Vertreter der Aktionskommission bei dieser Konferenz wurden bezahlmet die Herren: Robert Ortmann, Konrad Jäg, Fritz Schneider und Karl Dürr.

Wir bitten Sie, die Konferenz so bald wie möglich stattfinden zu lassen und zeichnen unterdessen mit vorzüglicher Hochachtung

Der Sekretär:  
(gez.) Karl Dürr

Kopie.

Bern, den 8. Februar 1918.

An den Präsidenten des Nationalrats R. G. B. F. B. F.

1500 grippekrankte Soldaten in St. Gallen allein und von allen Seiten mehren sich die Hiobsbotschaften! Wissen Sie was das bedeutet, Herr Präsident? Und wissen Sie ferner wer die Schuld an neuen Aufflackern dieser unheimlichen Seuche trägt? Wenn Sie noch ein Gewissen haben, so wird es Ihnen laut und deutlich die Antwort geben. Sie selbst sind einer der Schuldigen! Sie haben Mitschuld dem vielen Leid und Unglück, das in diesen Tagen wieder durch unseres lieben Vaterlandes schreitet. Einen Laien schon Angst und Bangen erfüllen, als die Proklamation des Tatsache wurde und damit der Ausbreitung der Grippe öffnet war. Und leider waren die Befürchtungen nur ein Beschluss fassen, so sind Sie dies...



- 1 Verzeichnis seit Kriegsausbruch erlassene Eingaben der Arbeiterschaft, [Anfang 1918], Archiv SGB, G 190/2/5/224
- 2 Gewerkschaftskartell Zürich an Karl Dürr (SGB), 14.3.1918, Archiv SGB, G 190/3/37/167
- 3 Arbeiter im Kesselhaus der Maschinenfabrik Rauschenbach AG, Schaffhausen 1919, Sozialarchiv Zürich, Fotobestand Edy Meier, F5008-Fb-048
- 4 Resolution SP Herisau (Unterstützung Forderungen OAK), 23.6.1918, Archiv SGB, G 190/3/73/135
- 5 Eingabe Arbeiterunion Biel an Eidg. Volkswirtschaftsdepartement, 5.6.1915, Archiv SGB, G 190/5A/38
- 6 «Hoch die Solidarität und Disziplin der Arbeiterschaft!», Volksstimme St. Gallen, (13.11.1918)
- 7 Armeeschneiderwerkstätte in Bern zwischen 1914 und 1918, Bundesarchiv
- 8 Alb. Bächtold (Verein eidg. Arbeiter Bern) an Karl Dürr (OAK), 23.2.1918, Archiv SGB, G 190/3/21/186
- 9 Aufruf zum Proteststreik, 7.11.1918, Archiv SGB, G 23/GS/1/B
- 10 Bericht Guglielmo Canevascini (Camera del Lavoro) an Karl Dürr (SGB) über Landesstreik im Tessin, 26.11.1918, Archiv SGB, G 190/3/147/95
- 11 Suppenküche (Schulhaus Kern, Zürich-Aussersihl) 1917, Foto Wilhelm Gallas Zürich, Gretlers Panoptikum
- 12 Umfrage Stellungnahme zum allgemeinen Streik, Antwort Lederarbeiterverband, [Frühling 1918], Archiv SGB G 190/4/8/285
- 13 Protokoll Konferenz Bundesrat–OAK, 10.10.1918, Archiv SGB, G 190/2/34/210
- 14 Reportage zur Hungerdemonstration in Zürich und zum Auftritt von Rosa Bloch-Bollag, Agnes Robmann und Marie Härri im Zürcher Kantonsrat (17.6.1918), Schweizer Illustrierte 29.6.1918, Nr.26.
- 15 Liste der Orte zur Durchführung eines Landesstreiks, [Frühling 1918], Archiv SGB G 190/4/20/268
- 16 Tabelle «Antworten der schweizerischen Gewerkschaftsverbände auf die Fragebogen zum Generalstreik», [Frühling 1918], Archiv SGB, G 190/4/21/269
- 17 Anny Morf spricht an der Demonstration der sozialistischen Jugend in Leuzigen, 7.4.1918, Sozialarchiv Zürich, Fotobestand Anny Klawamorf, F5040-Fc-027
- 18 Broschüre [Ernst Nobs]: *Der Landesstreik. Ein Wort zur Aufklärung an alle Schweizer*, Zürich: Genossenschaftsdruckerei [1918]
- 19 Flugblatt «Schmeisst die Ausländer hinaus!», unterzeichnet «Einige revolutionäre Schweizer, die auf die Tradition ihrer Vorfahren stolz sind», Archiv SGB, G 23C/3/18/214
- 20 Schneiderwerkstätten der Endetappe Olten zwischen 1914 und 1918, Bundesarchiv
- 21 Bericht des Comité d'Action Ouvrier de Genève zum Streikverlauf in Genf, 16.11.1918, G 190/3/138/101
- 22 An die Bevölkerung von Arbon! [11.11.1918], Archiv SGB, G 23C/3/14/14
- 23 Arbeiterunion Zürich: Aufruf zur Fortsetzung des Generalstreiks, [10.11.1918], Archiv SGB, G 23C/3/13/13
- 24 Eidg. Ernährungsamt an OAK (Zusatzbrotkarte), 7.11.1918, Archiv SGB, G 190/2/36/59
- 25 Abgabe verbilligter Kartoffeln in der Uraniastrasse in Zürich (um 1916), Fotograf Wilhelm Gallas, Baugeschichtliches Archiv Zürich, Fotografische Sammlung
- 26 Protokoll Oltener Aktionskomitee, 7.11.1918, Archiv SGB G 23B
- 27 Bürgerliche Frauen verpflegen Soldaten (unter der Eisenbahnbrücke beim Botanischen Garten Bern) während Landesstreik, Bundesarchiv
- 28 Aufruf zum Landesstreik (französischsprachige Version), 11.11.1918, Archiv SGB, G 23B
- 29 «Handgranatenbefehl» von Oberstdivisionär Emil Sonderegger, 11.11.1918, Archiv SGB, G 23/GS/1/E/1/HB
- 30 Mitteilung OAK «Keine Verschiebung des Generalstreiks», 11.11.1918, Archiv SGB, G 190/3/127/67
- 31 Telegramm OAK an Streikleitung Rorschach (Streikabbruch), 14.11.1918, Archiv SGB, G 190/3/129
- 32 Aufruf Streikabbruch, 14.11.1918, Archiv SGB, G 23/GS/1/B/8/11
- 33 SGB an Bundesrat, 8.2.1918, Archiv SGB, G 190/2/7/200
- 34 Robert Grimm mit den Gefängniswärtern Corbat und Zimmermann auf Schloss Blankenburg, Winter 1919, Bild: Gretlers Panoptikum, Bildbeschreibung: Sozialarchiv Zürich, Robert Grimm: Album Nr. 1, F5048-Fx-001-051)
- 35 Protestbrief W. Bösiger (St. Gallen) an Robert Grimm, 22.11.1918, Archiv SGB, G 190/3/144/98
- 36 Buchrückseite: Umfrage Stellungnahme zum allgemeinen Streik, Antwort Augusto Vuattolo (Bauarbeiterverband), 8.4.1918, Archiv SGB G 190/4/2/247

# « Indésirables » et « Ueberfremdung »: 1917–1918 et le tournant de la politique d'immigration

66 Le 10 décembre 1918, le conseiller national fribourgeois Jean-Marie Musy interpelle notamment le Conseil fédéral pour qu'il sévise contre les étrangers qui menacent la sécurité du pays.

« Nous exigeons [en outre] l'éloignement immédiat de tous ces exotiques dont l'attitude constitue un danger pour notre patrie. Débarrassez-nous de toute cette vermine et le pays vous sera reconnaissant. Recensons tous les étrangers venus en Suisse après juillet 1914. »<sup>1</sup>

Ces propos reflètent l'évolution de l'attitude à l'égard des étrangers qui s'est produite pendant la Première Guerre mondiale. Cet article se propose d'en esquisser les grandes lignes.

#### La présence étrangère à la veille du conflit

A la veille du conflit, la population étrangère représente 14,7% de la population résidente globale. Depuis les années 1880, la Suisse connaît sa première vague d'immigration massive. Le jeune Etat fédéral se borne à négocier des traités bilatéraux de séjour et d'établissement, garantissant la liberté d'établissement et le principe de la réciprocité. La situation juridique des étrangers dépend donc des cantons, souverains en matière de conditions de séjour et de travail. Ces derniers tendent à les assimiler aux Confédérés établis hors de leur canton d'origine en matière civile. En ce qui concerne la naturalisation, elle relève des pratiques cantonales et communales.

L'accroissement de la population étrangère va se heurter aux défis posés par le développement de la société nationale. En particulier, l'élargissement de la législation fédérale met en évidence la coexistence de deux populations – indigène et étrangère – aux droits et devoirs différents. Ce constat suscite des analyses alarmistes qui diffusent l'idée d'une « surpopulation étrangère ». Il s'accompagne également d'une réflexion sur l'identité suisse et ses spécificités. Dès 1900, les termes de « question des étrangers », puis d'« Überfremdung » entrent dans le vocabulaire politique. Le fossé entre nationaux et étrangers se creuse.

Face à ce défi, la réponse des élites reste fidèle aux options libérales. Il ne s'agit pas de restreindre l'immigration, mais d'assimiler les étrangers par la naturalisation facilitée. La guerre va modifier profondément les objectifs.

#### Les réfugiés militaires – des victimes des conflits de nationalités

Lorsque le conflit éclate, les étrangers mobilisés quittent massivement le pays. Mais la Suisse, pays neutre encerclé par des belligérants, devient une terre de refuge. Elle n'a pas les moyens d'exercer un contrôle fédéral des entrées. Les immigrants n'ont pas besoin de visa. Et à défaut de papiers de légitimation, moyennant caution, ils obtiennent un statut de tolérance soumis à renouvellement périodique.

67 Ils relèvent de la surveillance des polices cantonales, aux moyens souvent insuffisants pour exercer cette tâche.

La Suisse accueille en particulier des réfractaires et des déserteurs des armées étrangères, quelques 30 000 sont recensés à la fin du conflit. Dans un premier temps, ces « réfugiés militaires », sont relativement bien accueillis. Ils sont considérés comme des victimes des conflits de nationalités, encourant de lourdes peines, voire la mort dans leur patrie d'origine. Dès mars 1916, le secrétariat du parti socialiste fonde une caisse de secours pour payer les cautions de tolérance des plus démunis.

Bien que peu nombreux, la qualité de ces réfugiés va générer de nombreux problèmes, vis-à-vis des Etats étrangers, mais surtout sur le plan intérieur. Réfractaires et déserteurs défendent souvent des idées socialistes, pacifistes, indépendantistes, jugées antinationales et dangereuses pour la sauvegarde des intérêts publics. Concilier droit d'asile et sécurité intérieure devient un défi, notamment dans les cantons frontiers. En juin 1916, le Conseil fédéral doit intervenir pour interdire aux cantons d'expulser les réfugiés militaires, mais il se réserve ce droit en cas de délits graves.

Les « indésirables » et la menace de grève générale :  
le revirement de l'opinion (automne 1917 – août 1918)

Mais au cours de l'année 1917, la population souffre de problèmes de ravitaillement, de la hausse du coût de la vie, de salaires insuffisants et d'absence de mesures de secours. Dans ce climat, la présence des immigrés de guerre suscite des tensions dans la population. Ils deviennent la cible de la classe politique et de l'opinion bourgeoises.

Face à l'hostilité ambiante, les déserteurs et les réfractaires s'organisent pour défendre leur liberté de travail et développer des réseaux de solidarité. Ils obtiennent l'appui du mouvement ouvrier. L'engagement revendicatif de la gauche durcit le clivage entre socialistes et bourgeois, de plus en plus nationalistes et se sentant menacés.

Dès l'été 1917, la presse bourgeoise romande s'empare de la situation pour vouer à la vindicte populaire les étrangers venus en Suisse dans le sillage du conflit. Elle consacre le terme d'« indésirables » pour désigner dans un grand amalgame les étrangers venus envahir le pays pour y abuser de l'hospitalité suisse, y exercer des métiers inavouables, ou simplement y mener joyeuse vie dans l'oisiveté.

Conjointement, l'opinion bourgeoise se polarise sur l'absence de dispositions fédérales en matière de police des étrangers. Elle s'inquiète de voir la Suisse contrainte d'accorder l'établissement ou pire de naturaliser ces étrangers qui risquent de devenir apatrides.

Elle réclame au Conseil fédéral l'adoption de mesures rigoureuses contre l'invasion des «indésirables». La Commission de gestion du Conseil national suit, en exigeant de plus une intensification des contrôles.

En novembre 1917, le Conseil fédéral adopte en vertu de ses pleins pouvoirs trois mesures protectionnistes. Par l'Ordonnance du 21 novembre 1917, il instaure notamment un Office central de police des étrangers, qui soumet l'entrée dans le pays à des conditions strictes : (passeports, visas, cartes de séjour temporaires). Les étrangers sans papiers seront refoulés à la frontière, à l'exception des réfugiés politiques et des étrangers tolérés. Ces mesures marquent un premier tournant : la liberté de circulation, un fondement de l'Etat libéral est tombé. L'arrêté du 14 novembre réserve au gouvernement suisse le droit d'expulser des réfugiés militaires criminels ou «qui se rendraient coupables de menées anarchistes ou antimilitaires» ou encore qui refuseraient de se soumettre aux ordres des autorités. Elle prévoit également d'astreindre les déserteurs et les réfractaires à un service civil d'intérêt public dans l'agriculture. Enfin, le 30 novembre 1917, le Conseil fédéral durcit les conditions de séjour – qui passent de deux à quatre ans – pour les requêtes en naturalisation, émanant d'étrangers établis en Suisse depuis le 31 juillet 1914. Il s'agit d'éviter les candidatures opportunistes et dommageables pour le pays.

L'arrêté du 14 novembre suscite une situation de crise autour du droit d'asile. Quelques jours plus tôt, 400 déserteurs et réfractaires s'étaient réunis à Zurich pour confier au parti socialiste la défense du droit d'asile et une action en faveur de la naturalisation de tous les étrangers. Le parti intervient rapidement pour obtenir



Caricature La vaillante armée helvétique, Anonyme, sans lieu ni date (Alexandre Elsig), Source : Humour et satire, [www.14-18.ch/index.php?project/satire](http://www.14-18.ch/index.php?project/satire)

notamment la garantie du non-refoulement des réfugiés militaires, ainsi que l'égalité de traitement avec la population en matière de service civil. Le Conseil fédéral y oppose une fin de non-recevoir. L'Union ouvrière de Zurich somme alors le Parti socialiste suisse et l'USS d'adresser un ultimatum au Conseil fédéral, assorti d'une menace de grève générale. Une liste de revendications est élaborée, incluant la question du traitement des déserteurs et réfractaires.

Le nouveau Comité, dit d'Olten, entreprend la lutte sur deux fronts : négociations avec le Gouvernement, et préparation d'un plan de grève. D'abord divisée sur le recours à la grève générale, une large fraction du Parti socialiste suisse et de l'Union syndicale suisse se rallie à une action en forme d'ultimatum. Le but est d'obtenir d'un coup des réformes profondes sur les plans politique, économique et social.

Le spectre d'une grève générale, associé au soutien du parti socialiste aux déserteurs et réfractaires exacerbe les passions. Dès février 1918, la presse romande relance une campagne d'opinion. Il s'agit de protéger l'ordre social contre les agitateurs étrangers et dénoncer un parti socialiste soumis aux influences étrangères.

Pour résumer très brièvement l'argumentation bourgeoise : Il y a d'un côté des déserteurs et réfractaires sans scrupules, un prolétariat suisse dirigé par des chefs bolchévistes, étrangers ou naturalisés, des dirigeants socialistes sous influence, une classe politique laxiste qui abandonne le pays à ses périls. Et en face, une classe ouvrière manipulée et abusée.

«Pendant que les ouvriers suisses montent la garde à la frontière, les étrangers prennent leur place et organisent la grève générale et révolutionnaire.» (*Gazette de Lausanne*, 3 février 1918)

En mars 1918, au nom du peuple suisse, une pétition demande l'expulsion de tous les étrangers perturbateurs qui abusent du droit d'asile et menacent la sécurité de la Patrie. L'opinion nationaliste dénonce une crise du sentiment national qui menacerait le pays d'une décomposition sociale. La cause en est notamment attribuée aux étrangers «déguisés en intellectuels ou en prolétaires».<sup>2</sup>

#### La lutte contre l'«Überfremdung» et le nouveau consensus en matière de politique migratoire

Au cours de l'année 1917, la perspective d'une défaite possible de l'Allemagne ajoute une nouvelle angoisse : l'obsession d'une invasion pacifique par une foule d'étrangers. Le concept d'«Überfremdung économique» est consacré pour désigner trois dangers qui menaceraient l'indépendance de l'économie suisse : les ouvriers, les entreprises, les capitaux étrangers. Il vient s'ajouter aux dimensions politique et culturelle déjà apparues avant le conflit. Plus globalement,

le concept d'«Überfremdung» tend désormais à désigner l'ensemble des surcharges étrangères réelles ou supposées qui affectent le fonctionnement de la société nationale. Nous avons un peuple de citoyens menacés dans son existence et dans son activité.

La classe politique se trouve face au triple défi de gérer les conséquences de l'immigration du temps de guerre, de prévenir le risque d'une invasion pacifique du temps de paix, et de lutter contre l'«Überfremdung». Cette gestion est également indissociable de la volonté de plus en plus marquée par la classe politique de recréer un consensus social et politique autour de la défense d'un intérêt national à recouvrer.

Dans cette perspective, la «question des étrangers» est envisagée comme un «danger national pour l'avenir». Et pour lutter contre ses effets, la classe politique estime indispensable de rompre avec les options libérales d'avant-guerre en matière migratoire. Et ce choix fait consensus.

La lutte contre l'«Überfremdung» devient l'argument majeur pour légitimer une réforme de la politique migratoire et d'intégration, en même temps qu'un instrument au service d'une restauration de la cohésion nationale. Les axes de cette réforme :

1. l'extension des compétences fédérales en matière de séjour et d'établissement et de naturalisation ;
2. l'abandon de la naturalisation comme réponse à la surpopulation étrangère ;
3. une nouvelle politique d'immigration fondée sur des bases défensives et protectionnistes ;
4. un changement de paradigme en matière de naturalisation.

Il ne s'agit plus de naturaliser pour assimiler, mais de réserver la naturalisation aux seuls étrangers assimilés.

Conjointement, la protection de la main-d'œuvre indigène ainsi que du marché de l'emploi deviennent un enjeu stratégique. Il s'agit de stabiliser la classe ouvrière suisse en lui assurant une meilleure protection sociale et de réguler le marché du travail en prévenant l'établissement d'ouvriers étrangers.

La lutte contre l'«Überfremdung» s'impose plus que jamais et durablement comme une tâche nationale du temps de paix pour assurer l'avenir du pays.

# Les réactions

**Die Reaktion**

# Les organisations patronales

## et la grève générale de 1918

Le 14 septembre 1918, un article du *Journal des associations patronales* paraît sous un titre prémonitoire : «Generalstreikabwehr» ou, en français, «Se défendre contre la grève générale». L'organe officiel de l'Union centrale des associations patronales prépare ses lecteurs à combattre une grève générale qui apparaît de plus en plus vraisemblable.

«Une société bourgeoise qui, si une grève éclate, n'est que capable de se lamenter les mains dans les poches et d'attendre l'aide de l'Etat, ne mérite plus qu'on tire pour elle un seul coup de feu ; ce ne serait que justice, si elle était ainsi dominée par le prolétariat organisé. Si toutefois la social-démocratie imagine qu'un tel moment est arrivé en Suisse, c'est qu'elle se trompe lourdement».

Cet appel à la résistance de la société bourgeoise constitue tout autant une menace adressée au mouvement ouvrier. La seconde partie de l'article, qui paraît la semaine suivante, se conclut par la reprise de quelques lignes éditées par cette même Union centrale en 1910. Otto Steinmann, le secrétaire de l'organisation faïtière des patrons suisses, tirait alors les enseignements suivants de la grève générale de Suède :

«L'année 1909 nous apprend qu'une grève générale [...] ne représente pas un danger aussi grand pour la société et le patronat que l'on se l'imaginait jusque-là. Si des mesures fermes sont prises pour le maintien de l'ordre public et de la sécurité, si des citoyens, courageux et intrépides, accomplissent les tâches qui ne peuvent être délaissées, et enfin si les employeurs se serrent les coudes et restent solidaires, l'échec de la grève générale est inévitable».<sup>1</sup>

Ces textes ne sont que la partie visible – médiatique – de la préparation des milieux patronaux à l'éventualité d'une grève générale. Elle ne s'y limite cependant pas. Sous le sceau de la confidentialité, l'Union centrale édicte dès août 1918 des règles de conduite précises à appliquer si une grève générale devait avoir lieu : annonce aux ouvriers le jour du déclenchement de la grève, maintien de la production, (non)paiement des salaires et (non-)réengagement des grévistes.<sup>2</sup>

Alors que les actions des syndicats, de l'armée et des autorités au cours de la grève générale sont relativement connues, les organisations patronales brillent par leur absence dans les récits de la grève.<sup>3</sup> Depuis les travaux d'Hanspeter Schmid, on sait pourtant avec quelle énergie le patronat bâlois ne s'est pas contenté de réagir, mais s'est activement préparé à la grève générale de Bâle de 1919. Les recherches de Sébastien Guex ont également montré que les patrons ont activement participé au financement des gardes civiques. Parmi les légendes les plus répandues à propos de la grève générale, écrivait l'historien lausannois, «figure celle que les milieux dirigeants se seraient retrouvés confrontés à cet événement sans y être préparés».<sup>4</sup> L'objectif de ce texte consiste à documenter le rôle des acteurs patronaux et à démentir cette légende. La contribution s'articule autour de trois questions.

Comment les milieux patronaux se sont-ils préparés à l'éventualité d'une grève générale ?

Alors que les grèves se multiplient en Suisse au cours de la première décennie du XX<sup>e</sup> siècle, les milieux patronaux fondent des organisations spécifiquement conçues pour lutter contre le mouvement ouvrier. On parle à l'époque d'organisation «de combat», car elles sont fondées pour organiser la lutte des patrons contre le mouvement ouvrier. Parmi les plus importantes, on peut citer l'Association patronale suisse de l'industrie des machines (ASM), créée en 1905 et l'Union centrale, l'organisation faïtière des associations de combat, créée en 1908.

Les premières cibles des associations de combat sont les syndicats et la gauche. Les organisations du mouvement ouvrier ne s'y trompent pas : «notre pire ennemi», écrit en 1906 la revue *Arbeiterstimme*. Les nouvelles associations systématisent un ensemble de pratiques répressives qui sont désormais mises en œuvre de manière professionnelle. Elles tiennent des registres et publient des listes noires d'ouvriers grévistes ou syndiqués. Les organisations patronales organisent également la poursuite judiciaire systématique des syndicats ou des travailleurs, ce qui met à mal les finances des premiers et porte des coups très durs aux seconds. Leurs mesures emblématiques demeurent cependant la conduite de lock-outs et la mise en place des caisses de grèves, ces dernières permettant aux entreprises affaiblies par une grève d'affronter les pertes qui en découlent. Ces associations font leurs preuves lors des grèves, par exemple au cours de la grève générale de Zurich en juillet 1912, qui sert de répétition aux associations patronales.<sup>5</sup>

Comment résister à une grève générale ? Cette question fait l'objet d'une circulation d'expériences au sein du patronat européen.

- 1 *Journal des associations patronales suisses*, 14 et 21 septembre 1918. La brochure publiée par Otto Steinmann est intitulée *Betrachtungen über den Schwedischen Generalstreik des Jahres 1909*, Zurich 1910. Les citations ont été traduites de l'allemand par mes soins.
- 2 Archives de l'Union centrale, circulaire N°91, «La grève générale», 8 août 1918.
- 3 Sur la grève, voir l'ouvrage classique de Willi Gautschi, *Der Landestreik 1918*, Zurich 1968. À l'occasion de la réédition de son livre en 1988, le livre de Gautschi est enrichi d'une postface d'Hans Ulrich Jost. Une traduction française est parue : «L'importance de la Grève Générale dans l'Histoire de la Suisse», *A tire d'ailes. Contributions de Hans Ulrich Jost à une histoire critique de la Suisse*, Lausanne 2005. Pour un aperçu de la recherche publiée depuis, voir Roman Rossfeld. «Steinkl Wege und Desiderate der Forschung zur Geschichte des schweizerischen Landesstreiks vom November 1918», *Archiv für Sozialgeschichte* 57, 2017.
- 4 Sébastien Guex, «A propos des gardes civiques et de leur financement à l'issue de la Première Guerre mondiale», in Batou Jean et al., *Pour une histoire des gens sans histoire. Ouvriers, exclus et rebelles en Suisse XIX<sup>e</sup>-XX<sup>e</sup> siècles*, Lausanne 1995. Sur la grève générale de 1919 à Bâle, Hanspeter Schmid, *Krieg der Bürger. Das Bürgertum im Kampf gegen den Generalstreik 1919 in Basel*, Zurich 1980.
- 5 Erich Gruner, «Die Arbeitgeberorganisationen – Spiegelbild oder Überbietung der Gewerkschaften?», *Arbeiterschaft und Wirtschaft in der Schweiz 1880–1914, Band II: Gewerkschaften und Arbeitgeber auf dem Arbeitsmarkt; Streiks, Kampf ums Recht und Verhältnis zu andern Interessengruppen*, Zurich 1988. Voir aussi Pierre Eichenberger, *Mainmise sur l'Etat social. Mobilisation patronale et caisses de compensation en Suisse (1908–1960)*, Neuchâtel 2016. Sur l'histoire des grèves, voir Christian Koller, *Streikkultur. Performanzen und Diskurse des Arbeitskampfes im schweizerisch-österreichischen Vergleich (1860–1959)*, Vienne 2009.

A la suite d'une grève générale en Suède, le secrétaire de l'Union centrale, Otto Steinmann, publie une brochure dans laquelle il analyse la grève suédoise et expose les leçons que les patrons suisses devraient en tirer. Il écrit les phrases citées plus haut, qui affirment qu'un patronat bien organisé sortira victorieux d'une grève générale. Si le Journal des associations patronales menace les syndicats en septembre 1918, c'est parce que les patrons estiment pouvoir sortir vainqueurs d'une grève, si elle devait avoir lieu.



Caricature Nebelspalter, 1912, Heft 29

Quelles ont été les actions des associations patronales au cours de la grève générale ?

Avant, pendant et après la grève générale de novembre, les réunions des différents comités patronaux se multiplient. Le Vorort, l'Union centrale, les associations d'artisans, les chambres de commerce ou encore les associations de branche permettent aux patrons de se rencontrer et de débattre au cours de ces semaines très tendues, et d'éviter ainsi de sombrer dans le chacun pour soi. Pour donner un exemple, la Chambre de commerce de Bâle organise pas moins de cinq réunions autour de la grève, les 6, 8, 11, 12 et 15 novembre.<sup>6</sup>

Les associations patronales agissent également à travers leurs secrétaires. Otto Steinmann joue un rôle central dans la contre-mobilisation patronale au cours de la grève générale. Privés de typographes (en grève), seuls les journaux socialistes – notamment le détesté *Volksrecht* – paraissent. Le secrétaire de l'Union centrale est ainsi de ceux qui assurent la publication de la *Bürgerliche Presse Zürichs*, titre sous lequel paraît la *Neue Zürcher Zeitung* du 12 au 15 novembre et qui sert de journal de grève aux milieux bourgeois. Le journal ne peut paraître que grâce à la mobilisation de l'association patronale des imprimeurs zurichoïses, dont le Comité directeur prend en main les aspects techniques de la production, et grâce aux associations de combat qui garantissent les aspects financiers de l'opération.

Quel fut l'impact de la grève générale sur les associations patronales ?

La recherche historique a montré que la grève a été instrumentalisée par la droite dure pour stigmatiser le mouvement ouvrier, ce dernier se voyant ghettoïisé par une intense propagande xénophobe et anti-socialiste. Les associations patronales ont joué un rôle important dans ce processus. Entre autres exemples, le réseau de presse anti-socialiste *Presse Suisse Moyenne*, qui fournissait des articles pour de très nombreux journaux, doit énormément au travail des associations patronales et de leurs secrétaires – Otto Steinmann notamment.<sup>7</sup>

Une des conséquences concrètes de la grève sur le mouvement patronal est le net renforcement de ses associations : elles voient les membres affluer, des secrétaires supplémentaires sont engagés et de nouvelles associations patronales locales sont créées. Comme l'explique une circulaire de l'Union centrale du printemps 1919, « ainsi que l'a démontré si nettement la grève générale en

6 Voir les archives de la Chambre de commerce de Bâle aux archives économiques suisses, CH SWA PA 575.

7 Sur ces questions, voir Michel Caillat et al., *Histoire(s) de l'anticommunisme en Suisse*, Zurich 2009, Christian Werner, *Für Wirtschaft und Vaterland. Erneuerungsbewegungen und bürgerliche Interessengruppen in der Schweiz 1928–1947*, Zurich 2000 et Dorothe Zimmermann, « Der Landesstreik erinnern. Antikommunistische Aktivitäten des Schweizerischen Vaterländischen Verbandes 1919–1948 », *Revue suisse d'histoire* 2013.

8 Archives de l'Union centrale, Circulaire N°109, « Associations patronales locales » 11 mars 1919.

novembre dernier et le mouvement social qu'elle a déchaîné, il est de la plus haute importance [...] que des associations locales de patrons aussi fortes que possible forment contrepoids aux unions ouvrières locales». <sup>8</sup> Au cours de la grève générale, une association de combat de l'ensemble du patronat bâlois – le *Basler Volkswirtschaftsbund* – est ainsi fondée pour lutter contre le mouvement ouvrier.

La réaction patronale à la grève n'est cependant pas uniquement répressive. Les associations poussent leurs membres à augmenter les salaires et se lancent dans une politique de négociation avec les syndicats dont le but consiste à isoler l'aile la plus militante du mouvement ouvrier. Le 4 décembre 1918, soit quelques jours après la grève générale, Fritz Funk, le président de l'ASM, rencontre Konrad Ilg, le président du syndicat des métallos, pour un entretien. Les associations patronales développent également une politique décidée de négociation avec les associations d'employés.

L'examen des archives des associations patronales interroge notre compréhension de la grève générale. Le niveau élevé de préparation des milieux patronaux et le ton belliqueux de certaines de leurs publications dans les semaines qui précèdent la grève laisse à voir une coproduction de la grève plutôt qu'une simple réaction à un événement subi.

# «1918er Rechte»: Bürgerwehren, Streik-Bekämpfung, Informationsdienste, Bürgerblock-Politik

82 Unter der «1918er Rechten» verstehe ich die bei Ende des Ersten Weltkrieges und im Zusammenhang mit den Unruhen rund um den Landesstreik entstandene bürgerlich-vaterländisch-antisozialistische Bewegung, welche sich v.a. in Bürgerwehren und deren Zusammenschluss im Schweizerischen Vaterländischen Verband (SVV) institutionalisierte. Der SVV sollte die schweizerische Innenpolitik während seiner ganzen Tätigkeitsperiode (1919–1948) mitprägen. In meinem heutigen Beitrag konzentriere ich mich nur auf die Zeit bis 1931.

Ironie der Geschichte: In Olten wurde nicht nur das linke Streikkomitee, sondern ein gutes Jahr später auch der SVV, das «rechtsbürgerliche Oltener Aktionskomitee», gegründet.

## Anfänge

Ihren Anfang nahm die vaterländische Bewegung in Genf, wo auf Ordnung bedachte «Citoyens» bereits vor dem Landesstreik – im Einklang mit den benachbarten Entente-Mächten – befürchteten, dass ein sehr weit verstandener Bolschewismus aus der deutschsprachigen Nachbarschaft auf die Schweiz überschwappen und dass vor allem die Deutschschweiz zu einem revolutionären Zentrum mitten in Europa werden könnte.

Der Ruf nach nationaler Sammlung gegen die angebliche unmittelbare Gefährdung der Schweiz durch den Bolschewismus wurde von Genf aus v.a. durch den Schweizerischen Alpenclub (SAC) landesweit verbreitet; auch die Neue Helvetische Gesellschaft (NHG) wirkte mit. Die beiden patriotischen Organisationen hatten die Querelen zwischen den sprachlich-kulturellen Gruppen in der Schweiz relativ schadlos überstanden, was z.B. angesichts der Gehässigkeiten von Alpinisten im italienisch-österreichischen Alpenkrieg keine Selbstverständlichkeit war. Die NHG bemühte sich in durchaus anerkannter Weise aktiv um eine inner-schweizerische Entspannung der ethnischen Konflikte. Intransigent waren die meisten SAC- und NHG-Mitglieder freilich gegenüber dem international ausgerichteten und armeekritischen Sozialismus, den sie – bis auf wenige Ausnahmen – als unschweizerisch und anfällig für den Bolschewismus betrachteten. Der Genfer Ruf «Serrons les rangs!» zeitigte im Proteststreik vom 9. November und vor allem nach der Ausrufung des Landesstreiks (12.–14. November) Erfolge: in der gesamten Romandie und im Kanton Aargau. Der SAC-Aufruf richtete sich vor allem an die eidgenössischen vaterländischen Vereine, die zum Teil sehr mitgliederstark waren (wie etwa der Eidgenössische Turnverein ETV oder der Schweizerische Schützenverein SSV) und auch ein wichtiges Rekrutierungsreservoir für die entstehenden Bürgerwehren darstellten. Wir können von einer «Levée en masse» der vaterländischen Vereine, inklusive der studentischen Organisationen, sprechen. Neben dem SAC stiessen auch gewerbliche, landwirtschaftliche und (meist überparteiliche) politische Organisationen die nationale, antisozialistische Protestbewegung an. Die grösste Kund-

83 gebung gegen den Landesstreik und das «Unschweizerisch-Fremde» fand am 24. November 1918 im Amphitheater von Vindonissa statt, einem Überrest der fremden Imperialmacht Rom. Diese vaterländische Demonstration wurde vom aargauischen «Bürgerwehr-General» und späteren SVV-Gründungspräsidenten Eugen Bircher organisiert.

## «Alliance contre la faiblesse»

Die «Vaterländischen», wie sie im Volksmund genannt wurden, misstrauten den oft als zu large empfundenen Behörden; sie stellten eine rechtsbürgerliche Oppositionsbewegung dar, einen sprach-, konfessions-, und parteipolitisch übergreifenden Schulterschluss zur energischen Verteidigung der bestehenden Ordnung gegen sog. «sozialistische Umsturzversuche», eine «Alliance contre la faiblesse». Vereinfacht gesagt: Der Graben zwischen den Sprachgruppen begann sich im Landesstreik aufzufüllen, und die Kluft zwischen Bürgertum und der sozialistisch organisierten Arbeiterschaft wurde für lange Zeit tiefer.

Neben den eifrigen, tatenhungrigen Patrioten gab es im Schweizer Bürgertum auch besonnene, dialogbereite Kreise, die freilich in der Zeit nach dem Landesstreik durch die autoritär-nationale Aufwallung an den Rand gedrängt wurden. Unter den Besonnenen verschiedener Lager gab es Demokraten, welche sich ernsthaft Sorgen um die aufgestauten, argen sozialen Missstände machten und gleichzeitig ihr Unbehagen gegenüber den (aus verschiedenen Gründen) blinden Bewunderern der Bolschewiki machten, die in Russland seit Beginn des Jahres 1918 Andersdenkende ausschalteten.

Der SVV war föderalistisch aufgebaut. Die Hauptarbeit leisteten v.a. in der Frühzeit die lokalen bzw. kantonalen Organisationen. Die Haupttätigkeit von Dachverband und Sektionen umfasste vier Bereiche: die Bürgerwehren, die Streikabwehr in «lebensnotwendigen Betrieben», einen Nachrichten- und Pressedienst sowie direktpolitische Aktionen.

## Bürgerwehren

Die meist bewaffneten, politisch einseitigen Bürgerwehren mit unterschiedlicher Rechtsstruktur stellten eine dritte Ordnungsgewalt neben intakter Armee und Polizei dar. Damit war der rechtsstaatliche Grundsatz des staatlichen Gewaltmonopols und der Neutralität der Staatsgewalt ernsthaft in Frage gestellt. Brisant war der Fall von Basel-Stadt, wo sich die Kantonsregierung aus Angst vor einem Bürgerkrieg gegen bewaffnete Bürgerwehren aussprach, diese dann aber militarisieren wurden. Die Entdeckung von Waffen- und Munitionsdepots der Bürgerwehren gab Anlass zu sozialdemokratischen Interpellationen. Im Nationalrat interpellierte der Solothurner SP-Nationalrat Jacques Schmid 1923 zu einem Bürgerwehr-Waffenlager im Postgebäude Olten. Es enthielt Handgranaten und Maschinengewehre. Eineinhalb Jahre später bestätigte EMD-Chef Karl Scheurer,

84 dass Bürgerwehren mit militärischen Kampfmitteln des Bundes ausgerüstet und dass solche Waffen- und Munitionslager eingerichtet worden seien. Diese Antwort kann als späte de-facto-Anerkennung der Bürgerwehren durch den Bund gewertet werden. Im Berner Kantonsparlament interpellierte SP-Grossrat Bolz 1928 zu einem Bürgerwehr-Waffendepot in der Kirche Muri. Dieses Depot sei 1918 «in liebevoller und christlicher Weise gegen die Arbeiter» angelegt worden. Bolz machte sich Sorgen um seinen (vermutlich der BGB angehörigen) Ratskollegen und Dirigenten Holzer; sein Chor könnte einmal in der Kirche so inbrünstig singen, dass es für die Munition zu warm werden und ein Unglück passieren könnte. Der Humor wirkte entspannend.

#### Streikabwehr

Die Streikabwehr bestand in erster Linie aus Freiwilligen-Organisationen zur Aufrechterhaltung der «lebenswichtigen Betriebe» auf lokaler Ebene. Es sollten vor allem die Wasser- und Energieversorgung sowie die Herausgabe einer bürgerlichen Notzeitung sichergestellt werden. Wenn ich recht orientiert bin, sorgten die lokalen Streikleitungen fast ausnahmslos selbst für die Weiterführung dieser öffentlichen technischen Betriebe, zumindest in Form eines Notdienstes. Auf nationaler Ebene sollte die Aufrechterhaltung des Eisenbahnbetriebs durch das Beamtengesetz vom 30. Juni 1927 garantiert werden, das ein Streikverbot für Beamte enthielt. Als zusätzliche Streikprävention organisierte der SVV zusammen mit SBB und EMD Ausbildungskurse für freiwilliges Lokomotiv-Personal (1927–1931). Ferner setzte sich der SVV mit dem Thema «Arbeitsfreiheit» und «Arbeitswillige» in nicht-«lebensnotwendigen» Betrieben auseinander. Schliesslich büsste ab Mitte der 1920er Jahre das Kampfmittel Streik gesamteuropäisch durch die Entwicklung der Technik an Bedeutung ein: Im Fall eines Eisenbahnerstreiks konnten Autos und bei einem Typografenstreik das Radio als streikbrechende Mittel eingesetzt werden.

#### Informationsdienst

Der SVV und seine Sektionen verfügten über einen Presse- und einen in- und ausländischen Nachrichtendienst. Der inländische Nachrichtendienst scheute nicht davor zurück, auch bezahlte Spitzel einzusetzen. Die staatlichen Stellen sollten frühzeitig vor einem bolschewistischen Umsturz gewarnt werden. Das Spektrum der als Kommunisten eingestuftten Beobachteten war sehr breit gefächert: So bin ich beispielsweise auf eine Fiche eines linksfreisinnigen jungen Geschichtslehrers aus St. Gallen gestossen, der wegen eines Referats an einer schweizerischen Jugendtagung für den Frieden (1936) als Kommunist registriert wurde. Der ausländische Nachrichtendienst arbeitete mit Schwesterorganisationen aus ganz Europa zusammen. Aus dem ausländischen Nachrichtendienst des SVV wuchs 1924 eine neue, einflussreiche Organisation, die «Entente Internationale contre la

85 Troisième Internationale» heraus, die vom «Secrétaire Romand» des SVV, Théodore Aubert, gegründet wurde. Der Pressedienst beobachtete die linke, aber auch die bürgerliche Presse und kritisierte letztere, wenn sie zu weit in die Mitte rückte. Der Pressedienst gab regelmässig «Situationsberichte» (1919–1930) heraus. Empfänger waren unter anderem Vertreter der bürgerlichen Parteien, der Presse, der Wirtschaft, der Armee und der Polizei; die gedruckten Berichte wurden aber auch an schweizerische Vertretungen im Ausland verschickt. Der SVV-Pressedienst war unter anderem in Personalunionen mit den beiden wichtigen Nachrichtenagenturen, der Schweiz. Mittelpresse (SMP, gegründet 1917) und der Schweizerischen Depeschagentur (SDA, gegründet 1894) verbunden (SMP: Karl Weber, Samuel Haas; SDA: Rolf Lüdi).

#### Direkt-politische Aktionen

Kommt Ihnen ein historisches Ereignis in den Sinn, wenn Sie an den heutigen Tag, den 15. November, denken? An diesem Tag fand die Schlacht bei Morgarten statt. Bewusst am 603. Jahrestag rief ein Freiämter Industrieller und Oberst nicht nur zur bürgerlichen Selbsthilfe sondern auch zur Gründung einer «schweizerischen Wohlfahrtspartei» auf. Sie kam aber nie zustande, ebenso wenig wie Birchers Idee einer Umformung des SVV zu einer politischen Partei (1927). Die ersten direkt-politischen Vorstösse auf eidgenössischer Ebene erfolgten im Frühling 1919. Bürgerwehrkreise im Aargau lancierten die erste «Überfremdungsinitiative» der Schweizer Geschichte, solche in Zürich die Schutzhaftinitiative. Die Ausländerinitiative verlangte die Ausweisung gefährlicher Ausländer, die Schutzhaftinitiative die sofortige Schutzhaft für Schweizerbürger, welche die innere Sicherheit des Landes gefährdeten.

Der SVV betrieb punktuelle Bürgerblock-Politik bei der Abwehr linker Initiativen und bei Wahlen, insbesondere bei der ersten Proporzwahl des Nationalrates 1919. Der SVV übte auch mit Sonderaktionen erfolgreich – zum Teil massiven – Druck auf die bürgerlichen Parlamentarier aus, etwa zur Verhinderung der Wahl von «Generalstreik-General» Robert Grimm zum Nationalratspräsidenten (1926) oder der Wahl von Emil Klöti zum ersten sozialdemokratischen Bundesrat (1929) sowie bei der Streichung der Bundessubventionen für den Schweizerischen Arbeiter-Turn- und Sportverband SATUS (Zeitraum der SVV-Interventionen 1926–1937), den die Vaterländischen als «potentielle Revolutionstruppe» betrachteten. Der Linken blieben die Drahtzieher hinter den Kulissen praktisch unbekannt.

#### Späte Jahre

Der SVV verstand sich als «antisozialistischer Schutzwall» der bürgerlich-demokratischen Ordnung. Die «Vaterländischen» begriffen sich als «Nothelfer», als Hilfstruppe, die den Behörden «den Rücken stärken»

sollten. Nach Mussolinis Marsch auf Rom im Oktober 1922 und im Zusammenhang mit der massiven Kampagne gegen die linke Initiative für eine Vermögensabgabe vom 3. Dezember 1922 wurde im SVV mit dem italienischen Faschismus geliebäugelt. 1923 hielt der SVV «ein faschistisches Faustrecht vorläufig» nicht für notwendig. Später distanzieren sich dem SVV nahe stehende wirtschaftsliberale Kreise auch von korporationstaatlichen Vorstellungen «all'italiana», welche die unternehmerische Freiheit allzu sehr eingeschränkt hätten. Die selbsternannten Staatsschützer wollten den Staat – im Gegensatz zu den Faschisten – nicht zerschlagen. Sie reizten jedoch den rechtlichen Rahmen bis zum Äussersten aus; bei Bedarf scheuten sie auch nicht davor zurück, ihn zu ritzen. Der SVV blieb bis nach dem Zweiten Weltkrieg locker ins politische System der Schweiz eingegliedert.

La grève  
générale,  
un tournant

**Der Landesstreik  
als Wendepunkt**

# Der Aufstieg der Gewerkschaften als Folge des Landesstreiks

Bis heute wird der Landesstreik gerne als Niederlage der Linken dargestellt. Der *Tages-Anzeiger* etwa setzte am 20. Oktober 2017 den grossen Titel «Die Linke feiert ihre bitterste Niederlage». Diese Wahrnehmung der Bewegung als Fehlschlag ist nicht zufällig. Die Rechte betonte von Anfang an den Misserfolg. Nur so konnte sie ihrer Warnung vor einer Wiederholung eine Begründung geben, die nicht auf reiner Repression beruhte. Die extreme Linke blies ins gleiche Horn. Sie versuchte die führenden Funktionäre von Sozialdemokratie und Gewerkschaften als Versager und Verräter vorzuführen. Nur die zentristische Strömung um Robert Grimm verteidigte den Erfolg des Landesstreiks nachhaltig. Diese verlor aber zunehmend an Unterstützung, da unter dem enormen Druck der bürgerlichen Sichtweise Sozialdemokratie und Gewerkschaften die Streikbewegung aus ihrer Geschichte zu entsorgen begannen. Namentlich in den späten 1950er und frühen 1960er Jahren wollte man davon nichts mehr hören. Der langjährige SGB-Präsident Robert Bratschi übergab im Nachruf auf seinen Jass-Kollegen Grimm am Radio den Landesstreik kurzerhand. Das anstehende Jubiläum einerseits und das wachsende Interesse an der Geschichte der Arbeiterbewegung in der Jugend- und Studentenbewegung andererseits liessen Ende der 1960er und in den 1970er Jahren die Beschäftigung mit dem Landesstreik wieder stark ansteigen. Gerade die Neue Linke übernahm aber die bürgerlich-linksextreme Deutung. Ein von den Soldatenkomitees Mitte der 1970er Jahre stark verbreitetes Buch trug den programmatischen Titel *Aus Niederlagen lernen*.

#### «Siegende Geschlagene»

Robert Grimm persönlich hatte bereits im Juni 1919 in seinem Vorwort zum gedruckten Stenogramm *Der Landesstreik vor Kriegsgericht* auf die Schwierigkeiten bei der Einschätzung des Ergebnisses hingewiesen: «[...] schien es im ersten Augenblick, als ob Partei und Gewerkschaften den Kampf verloren hätten, so waren sie in Wirklichkeit die siegenden Geschlagenen. Geschlagen insofern, als sie im Interesse der Selbsterhaltung und der Weiterentwicklung ihrer Kräfte den Streik abbrechen mussten, siegend aber, weil kurze Zeit darauf Schritt für Schritt eine Reihe wichtiger Forderungen bewilligt werden mussten. Die vorzeitige Neuwahl des Nationalrates ist gesichert, der Achtstundentag ohne lange Widerrede gesetzlich sanktioniert, die Versicherungsfrage zur Diskussion gestellt, und das und manches andere nicht aus Liebe zum Proletariat, sondern aus bleicher Furcht vor der möglichen Wiederholung der Massenaktionen.»

Auch auf der anderen Seite mochte man nicht überall von einer eindeutigen Niederlage ausgehen, etwa in der *Gewerbe-Zeitung* bereits nach wenigen Wochen (21.12.1918):

«Der Streik, der anfänglich als politischer Streik inszeniert wurde [...] hat als solcher falliert; aber er sollte doch zu etwas gut sein und artete deshalb stellenweise in eine Lohnbewegung aus, deren Tragweite sich heute noch nicht absehen lässt. Als Begleiterscheinung zeigt sich auch das Begehren um Reduktion der Arbeitszeit, welches von Arbeitern einzelner Branchen gestellt wird ohne Rücksicht auf bestehende Gesamtarbeitsverträge.»

Eine solche differenzierte Betrachtungsweise geriet mit zunehmender Entfernung vom Landesstreik mehr und mehr in Vergessenheit. Als sich die Geschichtswissenschaft in den 1950er Jahren mit dem Thema zu befassen begann, stand zunächst die durch die bürgerliche Rechte während Jahrzehnten kultivierte Frage im Vordergrund, ob es sich um einen gescheiterten Putsch oder gar um einen Revolutionsversuch handelte. Nachdem die ersten quellengestützten Forschungsarbeiten keinerlei Spuren für eine solche Deutung zu Tage gefördert hatten, schienen die Auswirkungen der Bewegung nur noch wenige zu interessieren. Es wurde etwa auf die politischen Folgen in Form eines gefestigten Bürgerblockes verwiesen, oder die neun Forderungen im Streikaufruf wurden in Bezug auf ihre Verwirklichung angesehen, mit der Feststellung, dass 48-Stunden-Woche, Altersversicherung und Frauenstimmrecht letztlich doch noch eingeführt worden sind.

Detailliert mit den Streikfolgen setzte sich kaum jemand auseinander.

#### Verkürzung der Arbeitszeit

Die auch aus internationaler Sicht wichtigste Forderung des Landesstreiks war die nach der 48-Stunden-Woche. Der Zentralverband schweizerischer Arbeitgeber-Organisationen hielt noch 1917 fest, dass «56–58 Stunden in der Woche nichts Übermässiges sei.» Die zunehmenden Konflikte führten allerdings in einigen Branchen zur Einigung über Verkürzungen, z.B. Anfang 1918 auf 54 Stunden in der Maschinen- und Metallindustrie. Auch in einigen weiteren Branchen liess sich der 10-Stunden-Tag nicht mehr halten. In wichtigen andern, z.B. in der damals noch bedeutenden Baumwollindustrie, in Handel und Transport oder in der Lebensmittel-Herstellung, waren weiterhin 60 oder in den dem Fabrikgesetz unterstellten Betrieben 59 Stunden üblich. Wichtige Arbeitgeberverbände wie etwa der der Textilindustrie hielten Gespräche mit Gewerkschaften für überflüssig und beschränkten sich auf Unterstützung von Betrieben bei Arbeitskonflikten. Auch andere wie der der Maschinen- und Metallindustrie trafen sich nur in Ausnahmefällen mit Gewerkschaftsvertretern.

Dies änderte sich nach dem Landesstreik fast schlagartig. Zwar zögerten mehrere Arbeitgeber-Verbände noch immer. Sie wurden aber von Bundesrat Edmund Schulthess – als ehemaliger Direktor bei Brown Boveri & Cie. mit den Interessen der Grossindustrie

wohl vertraut – mehrmals ermahnt, die Lehren des Landesstreiks ernst zu nehmen, so etwa am 23. Februar 1919 in einem Brief an den Präsidenten des Zentralverbandes schweizerischer Arbeitgeber-Organisationen:

«Wenn wir nicht in kürzester Zeit irgend eine positive Konzession erreichen, so werden wir die schwierigsten Erfahrungen machen. [...] die Massen sind erregt, viele sind arbeitslos und ein Generalstreik fände unter solchen Verhältnissen viel besseren Boden als zu andern Zeiten.»

Tatsächlich lenkten nun die meisten Arbeitgeber-Verbände ein. Innert kürzester Zeit – zum Teil nach zusätzlichen Streiks – schlossen sie bis Frühling 1919 Abkommen über die 48-Stunden-Woche. Bereits im Juni 1919 folgte das Parlament mit der Revision des Fabrikgesetzes, das neu eine Normal-Arbeitszeit von 48 Stunden festlegte, allerdings auch Ausnahmen zuliess. Damit wurde die gesetzliche Arbeitszeit, die erst 1914 auf 59 Stunden reduziert worden war und erst im Herbst 1917 in Kraft gesetzt worden war, um 11 Wochenstunden verkürzt. In den Genuss dieser massiven Zunahme der Freizeit kamen in den Fabriken rund 350 000 Arbeiterinnen und Arbeiter. Die Arbeitgeber verzichteten auf ein Referendum. In wichtigen Gewerben wurde die Arbeitszeit vertraglich ebenfalls auf 48 Stunden verkürzt. Schliesslich erhielt im Herbst 1919 das Personal von Post und Eisenbahnen provisorisch und im Frühling 1920 gesetzlich die neue Normalarbeitszeit. Nationalrat Roman Abt, der Vorkämpfer einer erneuten Verlängerung, spottete 1922: «Die Einführung des 8-Studentages geschah bei uns überstürzt als Folge der revolutionären Bewegungen im Auslande und der Versprechungen, die man in kläglicher Angst beim Generalstreik von 1918 der organisierten Arbeiterschaft gegeben hatte.»

#### Verhandlungen und institutionelle Einbindung

Auch die bilateralen Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeber-Organisationen änderten sich schnell. Die meisten der letzteren hielten fortan regelmässige Verhandlungen für angezeigt. Bei schweren Konflikten trafen sich in der Zwischenkriegszeit meistens die Spitzen von Arbeitgeber-Organisationen und Gewerkschaften. Im Gewerbe kam es sogar zum Abschluss von landesweit geltenden Gesamtarbeitsverträgen. Die Exportindustrie führte zwar regelmässig bilaterale Gespräche, mochte derart weit gehende Übereinkommen aber erst nach dem Zweiten Weltkrieg abschliessen.

Auch auf der politischen Ebene wurden die Beziehungen rasch wieder aufgenommen. Bereits eine Woche nach dem Landesstreik diskutierten Gewerkschafter und Arbeitgeber in der Eidgenössischen Fabrikkommission über die 48-Stunden-Woche. Das Eidgenössische Volkswirtschafts-Departement, das damals auch für die Sozialpolitik zuständig war, lud den Schweizerischen Gewerk-

schaftsbund ab Anfang 1919 in sozialpolitischen Fragen als Gutachter ein. Konrad Ilg, Präsident des Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeiter-Verbandes und als Mitglied des Oltener Aktionskomitees Angeklagter im grossen Landesstreik-Prozess, reiste zusammen mit Vertretern der Maschinenindustriellen und des Bundes an die erste internationale Arbeitskonferenz nach Washington. Zwischen dem Landesstreik und dem *roll-back* der Arbeitgeber in der Krise der frühen 1920er Jahre wurde der Schweizerische Gewerkschaftsbund in wichtige vorparlamentarische Kommissionen integriert, etwa zur Arbeitslosenfürsorge, zum Lehrlingsgesetz oder zur Initiative Rothemberger für die Vorbereitung eines Verfassungsartikels für die AHV.

In einer Beziehung könnte man allenfalls von negativen Auswirkungen des Landesstreiks reden. Im bürgerlichen Lager erfolgte ein engerer Zusammenschluss. Dabei gewannen konservativere und zum Teil sogar reaktionäre Kräfte auf Kosten der reformorientierten stark an Boden.

Der Landesstreik wirkte weit über die unmittelbare Nachkriegszeit hinaus. Namentlich im Zweiten Weltkrieg wird immer wieder darauf Bezug genommen. So waren die Leute, die im Vorfeld und während des Zweiten Weltkrieges die Sozialpolitik planten, zumeist geprägt von der Erfahrung mit dem Landesstreik. Sie wollten einer ähnlichen Entwicklung vorbeugen. Stellvertretend sei hier die Lohn- und Verdienstersatzordnung genannt. Dazu der Schlussbericht des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartementes über die Kriegswirtschaft:

«Man braucht nur die Ereignisse der Jahre 1918 und 1919 in Erinnerung zu rufen, um den gewaltigen Fortschritt zu erkennen, der auf dem Gebiet des Wehrmannsschutzes verwirklicht wurde.»

Die AHV stützte sich dann bekanntlich organisatorisch und finanziell auf die Lohn- und Verdienstersatzordnung. Die Freiburger Zeitung *La Liberté*, das Sprachrohr der französischsprachigen Katholiken, schrieb Ende 1943:

«Nach einer Phase der relativen Ruhe fallen wir zurück in den Klassenkampf, und wir werden uns in den Tagen nach Ende dieses Krieges in der gleichen Lage wie im November 1918 befinden – mit dem erschwerenden Umstand eines Bolschewismus, der durch den Sieg gestärkt und zu allen Machenschaften bereit ist.»

Der liberaldemokratische Lausanner Historiker André Lasserre kam in seiner Studie über die öffentliche Meinung im Zweiten Weltkrieg zum verblüffenden Schluss: «1918 [...] est la plus importante année de la Seconde Guerre mondiale.»

Noch weniger als bei einem wirtschaftlichen Streik dürfen bei einem Generalstreik einfach Streikforderungen oder gar eingedachte Revolutionspläne mit dem unmittelbaren Ergebnis verglichen werden. Der erste britische Träger des Wirtschafts-Nobelpreises,

John Richard Hicks, argumentierte bereits in seiner 1932 erstmals erschienenen Lohntheorie, dass es bei Streiks beiden Seiten vor allem darum gehe, das Kräfteverhältnis auszuloten. Aufgrund dieses Kräfteverhältnisses werden dann die konkreten Ergebnisse ausgehandelt. Solche Überlegungen waren wichtigen Akteuren des Landesstreiks, namentlich Robert Grimm, nicht fremd. Sie gerieten aber im Laufe der Jahre in Vergessenheit, so dass sich die abwegige These von der Niederlage in den Köpfen festsetzen konnte.

Eine ausführliche Analyse der direkten Folgen des Landesstreiks findet sich in der Dissertation des Autors: Bernard Degen: Abschied vom Klassenkampf. Die partielle Integration der schweizerischen Gewerkschaftsbewegung zwischen Landesstreik und Weltwirtschaftskrise. Basel 1991.

# Podiumsdiskussion

## War der Landesstreik ein Bumerang oder ein Erfolg?

Im abschliessenden Podium setzten die ModeratorInnen das Ziel «analytisch weiterkommen». Gut Ding hatte da allerdings ein bisschen Weile. Wieso? Hans Ulrich Jost störte die Harmonie einer einträchtigen Wertung des Landesstreikes («die siegenden Geschlagenen»). Er provozierte mit der These, der Landesstreik sei kontraproduktiv gewesen. Er habe de fine nur den Bürgerblock zusammengeschweisst und gestärkt.

Hier die Dokumentation dieser Kontroverse. Und eine Feststellung: dass gleichzeitig viel Eintracht da zu verzeichnen war, wo sich die Diskussion nicht in luftige Interpretationshöhe erhob, sondern nah an den Fakten und deren analytischen Einordnung bewegte.

PodiumsteilnehmerInnen:

Hans Ulrich Jost, Lausanne  
Christian Koller, Zürich  
Roman Rossfeld, Bern  
Rebekka Wyler, Erstfeld

Moderation:

Stefan Keller, Historiker  
Annette Hug, Autorin

Siehe auch den Tagungskommentar von Annette Hug: Als plötzlich alles möglich schien. 100 Jahre Generalstreik. In WoZ 47, 2017, S.22

**Stefan Keller** erinnert einleitend daran, dass es heute ein Gemeinplatz sei: Der Streik habe sich für die Arbeitnehmenden mittel- und langfristig gelohnt.

**Hans Ulrich Jost** vertritt eine andere These. Der Landesstreik habe schlussendlich den Bürgerblock gestärkt und geeint. Seine Begründung: Der Streik der Zürcher Bankangestellten habe die Banker und Grossindustriellen mobilisiert. Erfolgreich hätten diese einen Schulterschluss mit der Armeespitze, mit den Bauern als dem schlagenden Fussvolk und auch mit den Katholisch-Konservativen vollzogen, dies kurz vor dem Landesstreik. Einer solch geballten Macht sei in der Schweiz mit keinem Streik beizukommen gewesen. Die Landesstreik-Befürworter seien letztlich in eine Falle getappt, die das vereinte Bürgertum bewusst und raffiniert gestellt habe. Die unabwendbare Niederlage der Streikenden habe so eine Allianz gestärkt, die noch heute die Politik in der Schweiz bestimme. Banker, Bauern und die katholische Rechte à la Musy seien ein Bündnis eingegangen, von dem vor allem die Hochfinanz profitiere. Diese könne ihre wahren Interessen im Schatten der von ihr geförderten und von den andern Bündnispartnern mit Inbrunst gespielten Heimtümelei verstecken. Der Landesstreik habe de fine die eigentlich unheilige Allianz von liberaler Weltoffenheit und konservativer Rückzugs-Identifikation eröffnet, sein Ausgang habe sie zementiert.

**Christian Koller** gibt zu bedenken, dass die bürgerliche Öffentlichkeit diese These nicht teile. Immerhin werfe die NZZ in diesen Tagen der Linken vor, den Generalstreik nunmehr usurpieren zu wollen, um sich so den sozialen Fortschritt im 20. Jahrhundert auf die eigene Fahne schreiben zu können. Da äussere sich ein Bewusstsein, das Angst vor dem Eingeständnis habe, dass der Generalstreik keine Niederlage der Linken, sondern ein Treiber des sozialen Fortschrittes gewesen sei.

**Rebekka Wyler**: Eines der wichtigsten Ziele des Generalstreiks war es, die 48-Stunden-Woche zu erreichen. Kurz danach wurde die 48-Stunden-Woche im Gesetz eingeführt. Also: dann war dieser Streik wohl erfolgreich.

Für **Roman Rossfeld** hat sich die Frage des Machtwechsels beim Generalstreik gar nicht gestellt. Nur ein paar wenige Links-Aussen hätten in diesen Kategorien gedacht und eine wirkliche Revolution gewollt. Wer den Erfolg des Landesstreiks messen wolle, müsse dies anhand seiner neun Forderungen tun. Diese neun Forderungen hätten mehr politische Partizipation, mehr soziale Sicherheit und eine neue Lastenverteilung im Sinne sozialer Gerechtigkeit gewollt. Und heute? Ein grosser Teil dieser Forderungen lese sich im Rückblick als Agenda eines realisierten Fortschritts. Rossfeld attestiert Jost, dass das Zusammenspiel der bürgerlichen Kräfte, also von Armee, Industriellen, Bankern, Bürgerwehren, zweifellos gut funktioniert habe. Der Beschluss, den Streik abubrechen, sei angesichts dieser Front richtig gewesen. Sonst wäre es zu einem Gemetzel gekommen, in dem die Streikenden keine Chance gehabt hätten.

Aber: «Wir können bis heute nicht feststellen, ob die Arbeitgeber diese Phalanx in langfristiger Absicht und in strategischer Voraussicht zur dauerhaften Sicherung einer Hegemonie gesucht haben. Dies aus dem schlichten Grund, weil die Arbeitgeberarchive noch zu verschlossen sind.»

**Annette Hug:** Hat die Linke nicht die Machtfrage stellen müssen, damit genügend Druck zur Lösung der Probleme auf sehr pragmatischer Ebene entwickelt werden konnte?

**Hans Ulrich Jost:** Wenn es nur darum gegangen wäre, sozialen Fortschritt im Leben der Menschen zu erreichen, dann hätte man nicht zum Mittel eines Landesstreiks greifen müssen. Es habe im Freisinn genug Köpfe gegeben, die für einen sozialen Ausgleich zu gewinnen gewesen wären. Jost betont nun auch positive Ergebnisse des Landesstreiks. So habe er zur Sichtbarkeit der Bewegung beigetragen, er habe auch zur Erwerbsersatzordnung geführt, aber insgesamt habe das ab diesem Zeitpunkt konstruierte Image der Linken als Landesverräter und der Rechten als eigentlicher Landesvertreter und -retter die Geschichte der Schweiz mehr geprägt.

**Stefan Keller:** Die Bourgeoisie hatte Angst vor dem Generalstreik. Widerspricht nicht auch das der These von Hans Ulrich Jost, wonach diese den Konflikt geradezu gesucht habe, um sich dann durchzusetzen?

**Hans Ulrich Jost** führt aus, dass kaum festzustellen sei, ob die Bourgeoisie wirklich Angst gehabt habe. Vermutlich sei es ein Gemisch von wirklicher und künstlich provozierte Furcht. Es hätte bereits damals Fake News gegeben, gestreut von einer Bourgeoisie, welche die Konfrontation zum Kalkül erhoben habe.

**Rebekka Wyler** hat die Haltung eines Teils des Zürcher Gewerbes zum Generalstreik untersucht. Sie hatte Zugang zu den damals von den Zürcher Gewerblern verfassten Briefen: «Da war nichts von Kalkül zu spüren, sondern ganz klar festzustellen: Sie hatten Angst vor einem Umsturz. Sie waren fest überzeugt, dass die Linke die Macht übernehmen wolle.»

Auch für **Roman Rossfeld** ist die Angst der Bürgerlichen erwiesen. Wieso? Er verweist auf die gleichzeitig in Deutschland und Österreich stattfindenden wirklichen Revolutionen. Deren Ausgang sei Mitte November nicht bekannt gewesen. Zum anderen habe in der Schweiz vor allem der Streik der Bankangestellten, weil unerwartet, bei der Bourgeoisie tief nachgewirkt: «Ruhe und Ordnung galt nun klar als erste Priorität, bei allen Bürgerlichen. Bei den sozialen Anliegen dagegen waren und blieben die Bürgerlichen gespalten. Es gab auch den kompromisswilligen Teil.»

Für **Hans Ulrich Jost** sind Ruhe und Ordnung genau die Voraussetzungen, auf welche die Banker angewiesen sind, wenn ein Finanzplatz attraktiv erscheinen soll.

**Stefan Keller** regt an, näher an die Streikenden zu rücken: Was waren das für Leute, die an diesen vier Tagen streikten?

**Christian Koller** betont zuerst einmal, dass 1918 auch ohne Generalstreik eines der Streikrekordjahre war. Auch die zwei Jahre zuvor und danach seien streikintensiv gewesen. Er sieht darin den Ausdruck einer stark gewordenen, selbstbewussten Arbeiterbewegung. Die Menschen hätten für Fortschritte im Hier und Jetzt gekämpft, auch gegen Verschlechterungen ihres Status und nicht zuletzt gegen Not und Misere, denen viele ausgesetzt gewesen seien. Die These einer Verführung der Massen durch das Oltenener Komitee sei nachweisbar falsch: «Die Massen hatten Grund zu streiken, niemand musste ihnen diese Gründe erklären – und deswegen haben sie gestreikt, auch vor und nach dem Landesstreik.»

**Stefan Keller** ist aufgefallen, dass mehrere RednerInnen darauf hingewiesen haben, dass hüben wie drüben auf Klischees und Sündenböcke gesetzt wurde, vor allem auf den bösen Juden.

**Hans Ulrich Jost** verweist darauf, dass während des Ersten Weltkrieges ein Sechstel der Bevölkerung armengenössig wurde. Gleichzeitig seien in gewissen Industrien Kriegsgewinne und Dividenden explodiert. Es sei nachvollziehbar, dass in einem solchen Klima diffuse Sündenbocktheorien aufkämen.

**Christian Koller** erinnert an verschiedene Formen solcher damals verbreiteter Stereotypen. Z.B. Streikende sind Immigranten sind Bolschewisten sind Juden. Aber auch: Kriegsgewinnler sind Fremde sind Juden sind Wucherer.

**Roman Rossfeld** erklärt die Stereotypen damit, dass sich Sündenbocktheorien als nützlich erweisen, Sündenböcke auch. Jüdisch-bolschewistische Agitatoren könne man ausweisen, streikende Einheimische nicht. Man möchte sie ja auch in Zukunft als Arbeiter haben.

**Stefan Keller:** Zum Schluss: was sind – bitte stichwortartig – die wichtigsten Forschungslücken?

**Roman Rossfeld:** Was hat das Bürgertum gewollt? Die Geschichte der Erinnerungskultur. Der Generalstreik aus Genderperspektive.

**Hans Ulrich Jost:** Die erfolgreiche bürgerliche Kaschierung des Widerspruchs zwischen Heimattümelei und einer auf den Weltmarkt ausgerichteten Hochfinanz.

**Rebekka Wyler:** Die Perspektive von unten!

**Christian Koller:** Der internationale Kontext.

# Chronologische Übersicht

Ursachen,  
Kontext, Verlauf  
und Folgen  
des Landesstreiks

01.	August	01.	Ausbruch Erster Weltkrieg	Der Bundesrat erhält «unbeschränkte Vollmacht [...] für die Behauptung der Sicherheit, Integrität und Neutralität der Schweiz und zur Wahrung des Kredites und der wirtschaftlichen Interessen des Bundes.» Der deutschfreundliche Ulrich Wille- von Bismarck wird General.
03.		03.	Parlament erteilt dem Bundesrat umfassende Vollmachten	
21.		21.	Gründung Notstandskommission	Um gemeinsame Massnahmen gegen die Notlage zu besprechen, gründen Vertreter der SPS, des SGB und weiterer Organisationen die «Zentrale Notstandskommission der schweizerischen Arbeiterschaft». Diese macht bis Mitte September drei Eingaben an den Bundesrat. Sie fordert u.a. eine Stundung der Mietzinsforderungen, die Wiederinkraftsetzung des Fabrikgesetzes, die Vorbereitung von Notstandsarbeiten und eine Regulierung der Lebensmittelpreise (1. Eingabe); einheitliche Normen für die Ausrichtung der militärischen Notunterstützung, Aufgebot prioritär von Arbeitslosen zum militärischen Hilfsdienst (2. Eingabe); Massnahmen gegen ungerechtfertigte Lohnreduktionen, Arbeitsbeschaffung über öffentliche Bauprojekte.
07.	Mai	07.	Teuerungsdemonstrationen	Im Juni 1915 kosten tägliche Verbrauchsgüter durchschnittlich 13 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Gewerkschaften und SP organisieren im ganzen Land Teuerungsdemonstrationen – so etwa in Biel am 7. Mai, in Bern am 15. Mai, in Basel am 26. Mai, in Zürich am 2. Juni, in La Chaux-de-Fonds und in St. Imier am 3. Juni.
05.	September	05.	Internationale Sozialistische Konferenz in Zimmerwald	In Zimmerwald bei Bern treffen sich 38 sozialistische KriegsgegnerInnen aus ganz Europa zu einer von Robert Grimm organisierten Konferenz. Sie rufen die Arbeiterbewegung auf, den «Burgfrieden» zu bekämpfen und für die Rechte der ArbeiterInnen und eine rasche Beendigung des Kriegs zu kämpfen. Eine zweite Konferenz findet im April 16 in Kiental (Berner Oberland) statt.
01.	Juli	01.	Marktdemonstrationen in Bern, Biel, Grenchen, Thun und Zürich	ArbeiterInnen demonstrieren auf den Lebensmittelmärkten gegen die gestiegenen Preise und setzen teilweise Preissenkungen durch.
01.	August	01.	Polizeieinsatz in Zürich	Rund 200 Mitglieder der sozialdemokratischen Jugendorganisation demonstrieren gegen den Krieg. Der anschliessende – friedliche, aber unbewilligte – «Spaziergang» wird in der Bahnhofstrasse von der Polizei brutal aufgelöst.
06.		06.	Teuerungsresolution	Eine Konferenz der Arbeiterschaft verabschiedet einstimmig eine «Resolution zur Teuerungsfrage». Gefordert wird eine bessere Nahrungsmittelversorgung.
25.		25.	Demonstration gegen Teuerung und Wucher in Zürich	Arbeiterdemo für die Teuerungsresolution. Im Anschluss kommt es in der Bahnhofstrasse erneut zu Auseinandersetzungen zwischen Offizieren und Jugendlichen.
31.		31.	Demonstrationsverbot	Der Bundesrat ruft die Kantonsregierungen auf, die von der Sozialdemokratischen Jugendorganisation für den 3. September geplante Antikriegsdemonstrationen («Roter Sonntag») zu verbieten.
01.	September	01.	Gemeinsame Konferenz von SGB und SP	Die GL der SP und das SGB-Bundeskomitee verurteilen das Verbot und rufen zur Teilnahme am «Roten Sonntag» auf.
03.		03.	«Roter Sonntag»	Im ganzen Land beteiligen sich Zehntausende an den Antikriegsdemonstrationen der Sozialdemokratischen Jugendorganisation.
19.	Mai	19.	Unruhen in La Chaux-de-Fonds	Befreiung des wegen «Beschimpfung der Armee» verhafteten SP-Redaktors Ernest Paul Graber durch Demonstrationen, militärische Besetzung der Stadt.
30.	August	30.	Landesweite Teuerungsdemonstration	Im ganzen Land nehmen ArbeiterInnen – während der Arbeitszeit – an Massendemonstrationen gegen die Teuerung teil.
27.	Oktober	27.	Bundesrat will Landsturm für landwirtschaftliche Arbeiten	Das Militärdepartement erhält die Kompetenz, Landsturm- und Hilfsdienstpflichtige für landwirtschaftliche Arbeiten aufzubieten – ein erster Schritt in einer Reihe von Massnahmen zur Militarisierung der Arbeitsverhältnisse.
07.	November	07.	Oktoberrevolution in Russland	Machtübernahme der Bolschewiki. Aufnahme von Friedensverhandlungen mit den Zentralmächten.
14.		14.	Bundesratsbeschluss: fremde Deserteure und Refraktaire	Starke Einschränkung der Bewegungsfreiheit von in der Schweiz wohnhaften Ausländern, die nicht für ihre Heimgataaten Militärdienst leisten wollen (Refraktäre). Diese können zu «Arbeiten im öffentlichen Interesse» gezwungen werden.
15.		15.	Schwere Unruhen in Zürich	Streiks in Munitionsfabriken. Tags darauf werden radikale Pazifisten (u.a. Max Dätwyler) verhaftet. Am 17./18. nach einer Kundgebung für die Verhafteten Zusammenstösse mit der Polizei (4 Tote).
14.	Januar	14.	Januarstreiks in Österreich und Deutschland	ArbeiterInnen der österreichischen und deutschen Rüstungsindustrie streiken. Unruhen werden niedergeschlagen, viele Streikende eingezogen und an die Front geschickt.



Bundesratsbeschluss: Vermehrung der Lebensmittelproduktion

Der Beschluss enthält eine Passage, die eine allgemeine Zivildienstpflicht vorsieht.

15.	Konferenz von Gewerkschaften und SP zur Hilfs- und Zivildienstpflicht	SGB und SP diskutieren Aufgebote von Hilfsdienstpflichtigen, Deserteuren und Refraktären und die geplante Zivildienstpflicht. Beschluss: Einsetzung einer Kommission und erneute Konferenz Anfangs Februar.
31.	Bundesrat beschliesst Truppenaufgebot	Als Reaktion auf eine Reihe von Protestversammlungen gegen die geplante Zivildienstpflicht beschliesst der Bundesrat ein Truppenaufgebot.
Februar	02. Streik der zum Arbeitsdienst aufboteten Deserteure und Refraktäre in Niederweningen (ZH)	
04.	Gründung des Oltener Aktionskomitees (OAK)	Eine im Volkshaus Olten tagende gemeinsame Konferenz des SGB-Gewerkschaftsausschusses, der SP-Geschäftsleitung und des Büros der SP-Nationalratsfraktion protestiert gegen das Truppenaufgebot. Sie setzt einen «Aktionsausschuss» ein, der unter dem Namen «Oltener Aktionskomitee» (OAK) bekannt wird. Für die SP werden Robert Grimm, Friedrich Schneider und Rosa Bloch, für den SGB Dürr, Konrad Ilg, August Huggler und Franz Reichmann in den Ausschuss gewählt.
März	01. OAK-Vorschläge angenommen	Eine gemeinsame Konferenz von SGB und SP (und anderer) genehmigt zwei vom OAK vorgelegte Grundsatzpapiere: ein Konzept über den Generalstreik als Kampfmittel und ein wirtschaftliches Aktionsprogramm.
07.	SGB befragt Mitgliederverbände zu Streik	Der SGB führt bei seinen Mitgliedsverbänden eine Umfrage über die Teilnahme an einem allfälligen Generalstreik durch.
April	03. Milchpreiserhöhung	Der Bundesrat beschliesst, den Preis für einen Liter Milch von bisher 33 auf je nach Region 40 bis 42 Rappen zu erhöhen. Der zuständige Bundesrat Edmund Schulthess (FDP) beantragt vergeblich, den Verkaufspreis nur um einen Rappen zu erhöhen und den restlichen Aufschlag durch Bund und Kantone zu übernehmen.
06.	OAK-Ultimatum gegen Milchpreiserhöhung	«Jeder Milchpreisaufschlag ist für die Arbeiterschaft unannehmbar. Wir fordern Übernahme des ganzen Aufschlages durch den Staat. Die Ablehnung dieser Forderung führt zum Konflikt. Das Aktionskomitee hat den Auftrag, im Falle einer Ablehnung Partei-, Gewerkschafts- und Personalverbände zur Einleitung des allgemeinen Landesstreiks einzuberufen. Wir ersuchen um Mitteilung bis 11. April mittags, ob der Bundesrat an seinem Beschlusse festhält».
11.	Milchpreis: Bundesrat beruft Parlament zu dringlicher Sitzung ein	Bundesrat Schulthess verlangt vergeblich ein Rückkommen. Der Aufschlag fördere die Bereitschaft zum Streik. Der Bundesrat beschliesst lediglich eine dringliche Sitzung der eidg. Räte (auf den 16. April).
12.	OAK erhält Kompetenz, Landesstreik gegen Milchpreiserhöhung auszulösen	SGB-Gewerkschaftsausschuss, SP-GL und das Büro der SP-Nationalratsfraktion beschliessen einstimmig die Ablehnung jeden Milchpreisaufschlages resp. die Übernahme des ganzen Aufschlages durch den Staat. «Für den Fall, dass diesen Begehren nicht entsprochen wird, erhält das Aktionskomitee Auftrag, unverzüglich alle nötigen Schritte zur Durchführung des allgemeinen Landesstreiks einzuleiten.»
18.	Ständerat mildert Milchpreiserhöhung	Der Ständerat setzt den Verkaufspreis für einen Liter Milch auf 36 Rappen fest (Erhöhung um 3 Rappen), der Bund zahlt den Produzenten zusätzlich 3, die Kantone 1 Rappen.
22.	SGB- und SP-Konferenz fordert bisherigen Milchpreis	Die Landeskonzferenz der SP, der Gewerkschaften und der Verbände des eidgenössischen Personals nimmt Kenntnis vom Ständeratsbeschluss. Die Konferenz hält an ihrem Standpunkt fest: «Der vom 1. Mai an zu bezahlende Milchpreis ist vom Staate zu übernehmen (...)»
25.	Milchpreis: Nationalrat folgt Ständerat	Der Nationalrat schliesst sich dem Ständerat an und verlangt zusätzlich, dass die Einkommensschwelle heraufgesetzt wird und somit mehr Personen verbilligte Milch beziehen können... Die SP stimmt dagegen.
29.	Milchpreis: SP und Gewerkschaften akzeptieren Kompromiss	SGB und SP beschliessen, die Milchpreiskampagne vorerst als abgeschlossen zu betrachten. In den Kantonen soll Druck für die volle Übernahme der Milchpreiserhöhung gemacht werden. Von verschiedener Seite wird das OAK heftig kritisiert, doch schliesslich wird ihm das Vertrauen ausgesprochen. Grimm betont, der Einbezug der Eisenbahner und des übrigen öffentlichen Personals in die gemeinsame Aktion sei der wichtigste Erfolg der Bewegung.
Juni	10. Hungerdemonstration der Arbeiterfrauen in Zürich	Verlangt wird die Eindämmung der Teuerung und eine sichere Lebensmittelversorgung. Solidaritätskundgebung von 15 000 ArbeiterInnen.
17.	Zürcher Kantonsrat empfängt Arbeiterfrauen	In der Delegation der Arbeiterfrauen: Rosa Bloch, Agnes Robmann, Marie Härrli.
	Demos gegen Teuerung und für verschärfte Rationierung	Das OAK begrüsst die Aktion der Zürcher Arbeiterfrauen und ruft zu Demonstrationen im ganzen Land auf.

28.	Streik in Winterthur und Biel		Die rund 6000 Arbeiter der drei grossen Winterthurer Maschinenfabriken (Sulzer, SLM, Rietter) treten gleichzeitig in den Streik. Sie erreichen eine Erhöhung der Teuerungszulage und der Akkordlöhne. Gleichzeitig Streik der städtischen Arbeiter und Hungerdemonstration in Biel.
Juli	03.	Generalstreik in Lugano	Aus einem Streik des Personals der Nebenbahnen entwickelt sich in Lugano ein erfolgreicher lokaler Generalstreik für Lohnforderungen und eine Verbesserung der Lebensmittelversorgung (ca. 3000 ArbeiterInnen). Die Gewerkschaften gewinnen rund 2000 Neumitglieder.
	08.	Hungerkrawall in Biel	Der junge Arbeiter Georges Edmond Jeannot wird von der Armee erschossen.
	12.	Bundesrat ermächtigt Kantone, Versammlungs- und Pressefreiheit einzuschränken	Kantonsregierungen können Versammlungen und Demonstrationen verbieten und auflösen. Verstösse werden mit schweren Strafen belegt (bis zu 2 Jahre Gefängnis, Geldbussen bis 5000 Franken, für Ausländer bis 20 Jahre Landesverweis). Gleichzeitig genehmigt der Bundesrat einen neuen Befehl des Armeekommandos für den Ordnungsdienst.
	15.	Einladung zum Allgemeinen Arbeiterkongress	OAK, SGB-Bundeskomitee und SP-GL protestieren gegen diesen Bundesratsbeschluss: Einberufung auf den 27. und 28. Juli eines allgemeinen Arbeiterkongress, um das weitere Vorgehen festzulegen. Das OAK erhebt 11 Forderungen und fasst noch vor dem Kongress eine Eingabe an den Bundesrat.
	23.	Streikdrohung des Bundespersonals	Die Abgeordnetenversammlung des Föderatiwverbands hält an den Forderungen nach Nachteuerungszulage und Vorschusszahlung fest, die der Bundesrat abgewiesen hat. Sie unterstützt die 11 Forderungen des OAK und entsendet eine Delegation an den Arbeiterkongress. Sollte der Bundesrat die Forderungen erneut ablehnen, werde der Föderatiwverband «alle Mittel des gewerkschaftlichen Kampfes» anwenden, «einschliesslich einer eventuellen Arbeitsniederlegung».
	27.	Erster Allgemeiner Arbeiterkongress (Basel)	Er weist die Antwort des Bundesrats vom Tag zuvor als ungenügend zurück. Wenn der Bundesrat nicht genügend Zugeständnisse macht, soll ein allgemeiner Landesstreik erfolgen. In den Tagen danach Verhandlungen zwischen OAK und Bundesrat.
August	08.	Verhandlungen mit Bundesrat Motta	Eine gemeinsame Delegation des Föderatiwverbands und des Oitener Aktionskomitees trifft sich mit Bundesrat Giuseppe Motta. Motta erklärt, der Bundesrat sei bereit, dem Bundespersonal eine Nachteuerungszulage von 500 Franken auszus zahlen, Verheirateten zusätzlich eine Kinderzulage von 50 Franken.
		Gemeinsame Konferenz von SGB und SP im Volkshaus Bern	Angesichts der Konzessionen des Bundesrats beschliesst die Konferenz die «Bewegung als erledigt» zu betrachten.
	09.	Generalstreik-Kommission	Der Bundesrat setzt eine hochkarätige Kommission ein, die Massnahmen zur Abwehr eines Generalstreiks vorbereiten soll.
	13.	Ernährungskommission	Der Bundesrat setzt die Ernährungskommission ein. Er schafft zudem ein Eidgenössisches Ernährungsamt.
September	30.	Zürcher Bankpersonalstreik	Nach 2 Tagen endet der Streik, unterstützt von den Arbeiter-Unionen, mit einem Erfolg. Die Banken unterzeichnen eine Lohnvereinbarung.
Oktober	20.	Wilde Behauptung von Prof. Fritz Fleiner	Fritz Fleiner, Mitglied des Verwaltungsrats der Schweizerischen Kreditanstalt, behauptet in einem Artikel in der NZZ u.a., der Bankenstreik habe «Freiheit und Rechtsschutz der Bürger ausgeschaltet».
	22.	Zusammenbruch der Donaumonarchie	Zunehmende Befehlsverweigerung in der österreichisch-ungarischen Armee. In der Folge Zusammenbruch der Donaumonarchie. Entstehung neuer Staaten. Ausrufung der deutschösterreichischen Republik am 11. November und der ungarischen Republik am 16. November.
November	03.	Matrosenaufstand in Kiel	Die Schweizerische Bankiervereinigung schreibt an Bundesrat und Armeeleitung und fordert von diesen ein härteres Auftreten als beim Bankangestelltenstreik in Zürich.
	04.	Memorial Wille	Nach Gesprächen mit Zürcher Politikern und Wirtschaftsführern verlangt General Wille vom Bundesrat ein Militäraufgebot. Wille rechnet mit der Möglichkeit einer Revolution. Er will die Kavallerie aufbieten, «um den verbrecherischen Willen unserer Bolschewiki-Führer niederzuhalten.»

07.	Aufruf zum Proteststreik	Als Protest gegen das Truppenaufgebot beschliesst das Oltener Aktionskomitee für Samstag, den 9. November einen 24stündigen Proteststreik an den wichtigsten Industriestandorten (Zürich, Basel, Bern, Winterthur, Arbon, Schaffhausen, Aarau, St. Gallen, Luzern, Oerlikon, Olten, Baden, Biel, La Chaux-de-Fonds, Le Locle, Lausanne, Genf, Grenchen und Solothurn).
08.	Beginn der Waffenstillstandsverhandlungen zwischen Deutschland und den Westmächten	
09.	Proteststreik	Philipp Scheidemann (MSPD) und Karl Liebknecht (Spartakusbund) rufen in zwei konkurrierenden Erklärungen die deutsche Republik aus.
	Generalstreik und Revolution in Berlin	Die Arbeiterunion Zürich beschliesst entgegen den Weisungen des OAK, den lokalen Generalstreik in Zürich weiterzuführen, bis die Truppen zurückgezogen sind.
10.	Armee löst Demo auf Zürcher Fraumünsterplatz gewaltsam auf	Ein Soldat wird tödlich getroffen, mehrere verletzte Demonstranten.
	Zürcher Generalstreik	Die Zürcher Eisenbahner schliessen sich der Streikparole der Arbeiterunion an. Der Eisenbahnerstreik dehnt sich im Verlauf des Sonntags, 10. November, bis Brugg und Walenstadt und auf das Personal der Südstadt aus. Am Montag, 11. November, ruht die Arbeit im ganzen Kanton. In der Metall- und Maschinenindustrie dehnt sich der Streik auf Arbon, Luzern und Schaffhausen aus.
	Allgemeiner Landesstreik ab 12. November	Unter dem Eindruck der Lage in Zürich beschliesst eine gemeinsame Sitzung des OAK, der SP-GL, des SGB-Bundeskomitees und der SP-Fraktion der Bundesversammlung den allgemeinen Landesstreik ab Mitternacht 11./12. November 1918 auszurufen.
11.	Waffenstillstand an der Westfront	Nach über vier Jahren ist der Erste Weltkrieg zu Ende.
12.	Beginn des Landesstreiks	Der unbefristete Landesstreik beginnt um Mitternacht.
	Beginn der ausserordentlichen Session des Nationalrats	Der Nationalrat tritt um 11 Uhr wegen des Landesstreiks zu einer ausserordentlichen Sitzung zusammen. Alle Parlamentarier ausser den Sozialdemokraten lehnen den Streik geschlossen ab.
13.	Militärische Besetzung der Druckerei und der Büros der «Berner Tagwacht»	Konrad Ilg, Jacques Schmid, Robert Grimm und Howard Eugster-Züst verteidigen den Streik. Bürgerliche und grütländische Parlamentarier nehmen gegen den Streik Stellung.
	Fortsetzung der Nationalratsdebatte	
	Bundesrat stellt Ultimatum	Der Bundesrat fordert um 14 Uhr, den Streik bis 17 Uhr abzubrechen. Konrad Ilg setzt sich im Auftrag des OAK mit Bundespräsident Felix Calonder in Verbindung und verlangt Freigabe des militärisch besetzten Streiklokals, der gekappten Telefonverbindung und eine Fristverlängerung bis Donnerstagsmorgen, 8 Uhr. Der Bundesrat verlängert die Frist bis Mitternacht und gibt das Streiklokal für die Abhaltung der Sitzung frei.
	Nachtsitzung OAK, SGB und SP: Streikabbruch	Um 1:30 Uhr wird beschlossen, den Streik am Donnerstag, 14. November, um Mitternacht abzubrechen.
14.	Bundespräsident Calonder gibt Parlament Streikabbruch bekannt (9 Uhr)	
	Blutiger Armeeeinsatz in Grenchen	Waadtländer Truppen eröffnen grundlos das Feuer auf unbewaffnete Streikende in Grenchen SO. Drei junge Uhrnenarbeiter werden tödlich getroffen (14 Uhr).
	Streikabbruch	Die Publikation des Aufrufs zum Streikabbruch wird von Generalstabschef Theophil Sprecher von Bernegg behindert.
15.	Die Arbeit wird an den meisten Orten wieder aufgenommen	In Zürich streiken die Metall- und Holzarbeiter noch 2 Tage weiter. An einigen Orten sperren Unternehmer als Vergeltungsaktion für den Landesstreik ihre Belegschaften aus.
04. Januar	Januaraufstand in Berlin	Am 15. Januar werden die Linksozialisten Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht von Freikorps-Angehörigen ermordet.
05. Februar	Beginn Landesstreikprozess	Robert Grimm, Fritz Platten und Friedrich Schneider werden von einem Militärgericht zu 6 Monaten, Ernst Nobs zu 4 Wochen Gefängnis verurteilt, Freispruch der 17 übrigen Angeklagten.
31. März	Arbeitszeitverkürzung in der Metall- und Maschinenindustrie	Per Abkommen zwischen dem Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeiterverband (Snuw) und dem Arbeitgeberverband ASM wird die wöchentliche Arbeitszeit ab 5. Mai 1919 auf 50 und ab 1. Oktober 1919 auf 48 Stunden verkürzt (vorher 54 Stunden).
05. April	Gründung «Schweizerische Vaterländische Vereinigung (SVV)»	Der Dachverband der Bürgerwehren betreibt einen privaten Nachrichtendienst und eine «Werkdienstorganisation» (zum Streikbruch v.a. in Infrastrukturbetrieben).

# 1919

Juni	13.	Sturm aufs Zürcher Bezirksgebäude	Die Menge versucht den inhaftierten Arbeitersekretär Konrad Wyss zu befreien. Bei den Zusammenstössen sterben ein Demonstrant und ein Polizist.
	27.	Parlament führt 48-Stundenwoche in der Industrie ein	Die entsprechende Teilrevision des Fabrikgesetzes wird ohne Gegenstimmen, aber mit vielen Enthaltungen verabschiedet und tritt per 1.1.1920 in Kraft. Das Referendum scheitert in der Sammelphase.
Juli	07.	Halbtägiger Generalstreik in Bern	Am Tag, an dem Robert Grimm seine Gefängnisstrafe wegen des Landesstreiks antritt, legt die Arbeiterschaft Berns aus Protest die Arbeit nieder.
	09.	Bundesrat legt Botschaft zu AHV und IV vor	Der Bundesrat schlägt dem Parlament eine Verfassungsänderung vor, welche dem Bund die Kompetenz gibt, Gesetze zur Einführung der AHV und der IV zu erlassen.
	31.	«Auguststreik» in Basel und Zürich	Die Arbeiterunionsen Basel und Zürich lösen lokale Generalstreiks aus. In Basel kommt es am 1. August zu einem brutalen Armeeeinsatz: Berufssoldaten töten fünf Menschen (drei davon Frauen).
November	22.	Erste Wahl des Nationalrat nach Proporz	Verdoppelung der sozialdemokratischen Mandate, jedoch enttäuschender Wähleranteil. R. Grimm und K. Ilg werden in Bern nicht wiedergewählt, rücken aber später nach.



Herausgeber / Editeur  
Konzept / Concept  
Redaktion / Rédaction  
Design / Mise en page  
Druck / Impression  
Bindung / Reliure

SGB / USS, Monbijoustrasse 61, 3007 Bern, info@sgb.ch, www.sgb.ch  
Dore Heim  
Ewald Ackermann, Anne Rubin  
Studio NOI – Simone Koller, Corina Neuenschwander und Jalscha Römer  
Druckerei Odermatt AG, Dallenwil  
Bubu AG, Mönchaltorf

Die vorliegende Broschüre veröffentlicht die an der historischen Fachtagung vom 15.11.2017 gehaltenen Referate zum Landesstreik. Der einleitende Beitrag «Sechs Tage im November» wurde speziell für diesen Reader geschrieben. Die finale «chronologische Übersicht» ist, stark gekürzt, der Webseite [www.generalstreik.ch](http://www.generalstreik.ch) entnommen.

Cette brochure rassemble les exposés tenus lors du colloque historique sur la grève générale du 15 novembre 2017 à Berne. Le texte « six jours en novembre » a été spécifiquement écrit pour ce recueil. La chronologie finale est tirée du site [www.grevegenerale.ch](http://www.grevegenerale.ch) qui en propose aussi une version française.

Stellungnahme zum allgemeinen Streik.

Verband .. Basarbeiter .....

1. Zahl der organisationsfähigen Arbeiter im Organisationsgebiet des Verbandes .. 15.000 ..
2. Zahl der organisierten Berufsangehörigen .. 3.000 ..
3. Ist der Verband für das ganze Land oder für einzelne Orte, resp. Berufe durch Arbeitsverträge gebunden? französisch für einzelne Orte .....
4. Würden Sie solche Verträge in Falle eines allgemeinen Streiks brechen oder brechen lassen? .. Ja ..
5. Hätten Sie aus einem event. Vertragsbruch wegen Teilnahme an einem allgemeinen Streik die Auflösung des Vertragsverhältnisses zu gewärtigen? Niente France! Keine Angst! .....
6. Hätten Sie Bezahlung einer Konventionalstrafe wegen Vertragsbruch zu gewärtigen und wenn ja, in welcher Höhe? Keine .....
7. Stehen der Beteiligung Ihrer Mitglieder an einem befristeten allgemeinen Streik andere Hindernisse entgegen und welche? Kein - Keine .....
8. Welche Orte scheinen Ihnen für die Durchführung eines allgemeinen Streiks besonders geeignet? Alle 99 Orten wo die Arbeiter organisiert sind. (Circa 35 Orten) und auch andere Orte. .....
9. Gibt es innerhalb Ihrer Organisation Berufe, welche nach Ihrer Meinung nicht in einen allgemeinen Streik einbezogen werden sollen und wenn ja, welche? Nein, Keine. .....
10. Welche Folgen würden Sie von der Beteiligung der unter 9 genannten Berufe an einem allgemeinen Streik erwarten? Keine Nachteile! .....
11. Ist für den Fall, dass sich die Mitglieder Ihres Verbandes an einem allgemeinen Streik beteiligen, deren Mobilisation zu befürchten? Nein, oder nur in wenigen Fällen .....
12. Haben Sie Masseregulungen oder Aussperrungen in grösserem Umfange zu gewärtigen und wenn ja, wo? Nein, nirgends .....
13. Glauben Sie den allgemeinen Streik auf andere Weise als durch aktive Beteiligung unterstützen zu können und wenn ja, wie?